

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Marientreppe 10 • 24939 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40 97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Matthias Scharf

„Scherbenhaufen im Rathaus“

Direktwahlen der Flensburger Oberbürgermeister

in der Weimarer Republik.....3

Henrik Becker-Christensen

Die nationale Entwicklung im Grenzland seit 1945.....19

Susanne Bygvrå

Einkaufsfahrten der Dänen über die Grenze

Ergebnisse einer Umfrage.....26

Umschau ab Seite 31

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum Dr. Jörn-Peter

Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55,

24939 Flensburg Redaktionsanschrift: Marientreppe 10, 24939 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

„Scherbenhaufen im Rathaus“

Direktwahlen der Flensburger Oberbürgermeister in der Weimarer Republik

von *MATTHIAS SCHARTL*

Am 13. Juni 1999 wird in Flensburg zeitgleich mit der Wahl zum europäischen Parlament ein neuer Oberbürgermeister in direkter Wahl durch die wahlberechtigte Bevölkerung bestimmt. Nach der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung von 1950 oblag die Oberbürgermeisterwahl bisher der Ratsversammlung, die in bis zu drei Wahlgängen über die Kandidaten mit absoluter, letztlich einfacher Mehrheit zu befinden hatte. Maßgebend für das jetzige Wahlverfahren ist die 1995 vom Landtag verabschiedete Kommunalreform, mit der die alte Magistratsverfassung abgeschafft und ein wichtiges plebiszitäres Element in das politische Kräftespiel der Gemeinden eingebracht wurde.

Kritiker sehen in dem reformierten Wahlrecht eine problematische Kompetenzbescheidung der kommunalen Mandatsträger. In den Vorberatungen und Enqueten des Landtags stieß die Direktwahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte daher zunächst auf wenig Gegenliebe und wurde vor allem von der regierenden SPD nicht favorisiert. Aufgrund einer von CDU und FDP unterstützten und erfolgreichen Volksinitiative hatte sich der Gesetzgeber jedoch dieses Themas erneut anzunehmen. Damit haben die Wählerinnen und Wähler eine für ihre Kommune durchaus wichtige Entscheidung künftig unmittelbar zu treffen. Zwar wurde mit der Direktwahl die Position der Verwaltungschefs deutlich herausgehoben, dennoch bleibt bei allen kommunalen Richtungsentscheidungen der Primat der Politik grundsätzlich unberührt. Daß beide Seiten im Spiel der Kräfte ihre Grenzen erst mit- und gegeneinander ausloten müssen, ist quasi naturgegeben und kann dem öffentlichen demokratischen Diskurs nur dienlich sein¹.

Vor diesem Hintergrund mag ein Blick in die Geschichte angebracht sein, denn die Direktwahl der hauptamtlichen Bürgermeister in Schleswig-Holstein hat eine durchaus historische Dimension. Dies soll im folgenden am Beispiel der beiden letzten direkten Flensburger Oberbürgermeisterwahlen von 1922 und 1930 gezeigt werden, die vom traditionellen Gegensatz Bürgertum-Sozialdemokratie gekennzeichnet waren. Wesentliche Grundlage der Darstellung ist die Berichterstattung in der lokalen und regionalen Presse.

Nicht allein die Kommunalverfassungen in Bayern oder Baden-Württemberg also, die häufig als herausragende Beispiele für das Zusammenspiel von Elementen direkter und indirekter Demokratie genannt werden, können Vergleichsmaßstab für das nördlichste Bundesland sein. Die Direktwahl der obersten Verwaltungschefs wie auch der hauptamtlichen Magistratsmitglieder wurde nämlich bereits 1869 mit der schleswig-holsteinischen Städteordnung eingeführt. Während der national-

sozialistischen Epoche wurden die Oberbürgermeister nach dem sog. „Führungsprinzip“ nur noch eingesetzt. Der erste Nachkriegsbürgermeister in Flensburg, der Kaufmann I. C. Möller, kam im Mai 1945 noch per Anordnung der britischen Besatzungsbehörde in sein Amt. 1950 trat dann die bereits erwähnte Kommunalverfassung in Kraft, die sich an der Entscheidung des Parlamentarischen Rats für eine indirekte Demokratie ohne plebiszitäre Elemente orientierte.

Wahlrecht und Wahlreglement

Zum Juni 1999 können sowohl von den Parteien ins Rennen geschickte Kandidaten als auch Einzelpersonen gewählt werden, unter der Voraussetzung, daß diese genügend Unterschriften aus der wahlberechtigten Bevölkerung für sich gesammelt haben, um zur Wahl zugelassen zu werden. Nach absolutem Mehrheitswahlrecht ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat, ansonsten wird ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden erstplatzierten Kandidaten notwendig². Die rechtliche Basis, auf der sich die Direktwahl heute vollzieht, unterscheidet sich jedoch maßgeblich von dem komplizierten Wahlreglement der schleswig-holsteinischen Städteordnung von 1869.

Vor 1918 galt für alle kommunalen Abstimmungsverfahren ein nach dem Bürgervermögen abgestuftes gleiches, direktes, aber öffentliches und eingeschränktes Klassenwahlrecht, das zudem die Frauen fernhielt. Je nach Ortsstatut konnte der Steuersatz höher oder niedriger ausfallen und damit die Wahlberechtigtenzahl bewußt und auf Kosten der gering verdienenden Bevölkerungsteile klein gehalten werden³. Nach der Flensburger Bürgerrolle waren bei der Stadtverordnetenwahl 1911 von über 60.200 Einwohnern nur 8.614 Männer im Besitz des Wahlrechts, während die Wahlberechtigtenziffer für die Reichstagswahl ein Jahr später schon bei 13.234 männlichen Personen lag. Erst mit einer Revision des kommunalen Wahlrechts am 21. Januar 1919, einer der ersten Errungenschaften der Revolution und Voraussetzung für die ungeteilte politische Emanzipation der Arbeiterbevölkerung, erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten für die erste, nach den Prinzipien des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts durchgeführte Stadtverordnetenwahl im März desselben Jahres auf über 38.000 Männer und Frauen in Flensburg, die das 20. Lebensjahr erreicht hatten.

Außerdem erschwerte in der Kaiserzeit die öffentliche Stimmabgabe die Wahlteilnahme, denn jeder Wähler hatte sein Votum persönlich und mündlich vor einer Wahlkommission zu Protokoll zu geben. Bis zum Auftreten der Sozialdemokratie waren Kommunalwahlen daher rein bürgerliche Angelegenheiten. Da das komplizierte Verfahren zudem nur Ersatzwahlen für ausscheidende oder wiederwählbare Stadtverordnete zuließ, so daß oft nur ein Mandat zu vergeben war, betrug die Wahlbeteiligung bei diesen Ergänzungswahlen selten mehr als zwölf Prozent.

Die Sozialdemokratie beteiligte sich wegen vorprogrammierter Chancenlosigkeit nach landesweit geführten, zum Teil äußerst kontroversen Diskussionen erst nach

der Jahrhundertwende am kommunalpolitischen Tagesgeschäft und konnte in Flensburg erstmals 1910 zwei Stadtverordnetenmandate erobern. Bei den nach geheimem, gleichem und direktem Wahlrecht durchgeführten Reichstagswahlen agierte sie dagegen erfolgreicher und wies schon 1903 einen Stimmenanteil von 53,1 Prozent in der Fördestadt auf. Nach der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts kam die SPD im März 1919 dann auf 23 Stadtverordnetenmandate. Sie avancierte damit zwar zur stärksten Fraktion, blieb jedoch gegenüber dem sich zu Wahlbündnissen und Fraktionsgemeinschaften formierenden Bürgerblock, der 25 Mandate erreichte, in der Minderheit. Auch bei den nachfolgenden Kommunalwahlen konnte die SPD die bürgerliche Rathhausmehrheit nie gefährden. Immerhin aber konnte sie zum 28. September 1919 drei Mitglieder in den Magistrat entsenden und sich so zumindest die Chance auf eine angemessene Mitwirkung in wichtigen kommunalen Grundsatzentscheidungen sichern⁴.

Nach ähnlichen rechtlichen Voraussetzungen wurden auch die Oberbürgermeister- und Magistratswahlen durchgeführt. Aus den sich für die Position interessierenden Kandidaten hatte eine von Magistrat und Stadtverordneten gebildete Kommission die Vorauswahl zu treffen. Nach 1919 war die Stadtverordnetenversammlung allein verantwortlich. Am Ende dieses Verfahrens wurden jeweils drei Kandidaten präsentiert. Diese Präsentation mußte sogar noch bis 1921 öffentlich stattfinden. Nach Veröffentlichung der Namen bestand für alle Gelegenheit, Erkundigungen über die betreffenden Personen einzuholen. Die drei Präsentierten hatten kurz vor dem eigentlichen Wahltermin die Chance, sich den Wählerinnen und Wählern persönlich vorzustellen. Diese öffentlichen Versammlungen wurden vom Stadtverordnetenvorsteher geleitet. Von dem bestehenden Nachfragerecht wurde aber nur selten Gebrauch gemacht⁵.

Die Oberbürgermeisterwahlen im Kaiserreich fanden wegen der oben beschriebenen Einschränkungen in der Bevölkerung zunächst nur geringes Interesse. Zur Wahl von Wilhelm Toosbüy im Jahre 1870 pilgerten gerade 35 Prozent der wahlberechtigten Männer in die Abstimmungslokale. Als 1898 erstmals Dr. Hermann Bendix Todsens gewählt wurde, waren es zwar bemerkenswerte 64,6 Prozent, aber bei seiner ersten Wiederwahl 1910 machten nur noch 14,9 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei der Wahl von 1922, als erstmals ein Sozialdemokrat ins Rennen geschickt worden war, betrug die Wahlbeteiligung jedoch 55,2 Prozent, sank aber im Jahre 1930 aufgrund eines sozialdemokratischen Wahlboykotts wieder auf 34,2 Prozent ab⁶.

Die Oberbürgermeisterwahl 1922 als „nationale Gewissensfrage“

Zum Jahresende 1922 lief die zweite Amtsperiode von Dr. Hermann Bendix Todsens ab, der nach seiner ersten Wahl am 5. Dezember 1898 zwölf Jahre später bei allerdings nur geringer Wahlbeteiligung in einem eindeutigen Vertrauensbeweis im Amt bestätigt worden war. Todsens entstammte einer friesischen Bauernfamilie „deutsch-schleswig-holsteinischer Prägung“ und war mit insgesamt 32 Dienstjahren der am

längsten dienende Verwaltungschef Flensburgs. Er hatte das Amt von Wilhelm Toosbüy übernommen, war ebenso wie sein Vorgänger anerkannt und blickte schon zum Zeitpunkt seiner erneuten Kandidatur auf eine herausragende Lebensleistung zurück. Von obrigkeitsstaatlicher Prägung, erfreute er sich in den Kreisen des national-konservativen Flensburger Bürgertums, bei den Kommunalvereinen und den Wirtschaftsverbänden besonderer Wertschätzung. Todsens fühlende Rolle im Abstimmungskampf des Deutschen Ausschusses und als Vorsitzender des im Juni 1919 gegründeten Schleswig-Holsteiner Bundes war unvergessen. Selbst die ihm gegenüber kritisch eingestellte Flensburger SPD schätzte seine Verwaltungs- und Führungsqualitäten und bescheinigte ihm bei seiner Verabschiedung 1930, daß er „mit vorbildlichem Fleiß und seltenem Pflichtbewußtsein die Geschicke unserer Stadt geleitetet“ habe⁷.

1922 waren die Sozialdemokraten nicht bereit, auf eine eigene Demonstration der Stärke zu verzichten. Zu groß waren die weltanschaulichen Differenzen⁸. Nicht vergessen war zudem, daß Todsens die Flensburger Sozialdemokraten in der Klassengesellschaft des Kaiserreichs als „vaterlandslose Gesellen“ betrachtet, zu Reichsfeinden abgestempelt und damit aktiv zur gesellschaftlichen Ausgrenzung beigetragen hatte. Erst im August 1917, als die Interessenvertreter der politischen Arbeiterbewegung dringend für die Bewältigung der durch den Weltkrieg verursachten Alltagsprobleme benötigt wurden, bescheinigte Todsens der Flensburger SPD, daß sie von zwei „besonnenen und vaterlandsliebenden“ Männern geleitet sei“. Während der Revolution hatte Todsens die von der SPD zur Überwachung seiner Amtsführung gestellten Beigeordneten des Arbeiter- und Soldatenrates allenfalls widerwillig akzeptiert, und auch in den Jahren danach habe er es gewagt, so der Chefredakteur der Volkszeitung Peter Michelsen in einem Kommentar, „der Mehrheit der Stadtverordneten die Stirn zu bieten, indem er jeden von der Sozialdemokratie gestellten Antrag, für den sich eine Mehrheit bot, durch die lümoose Bestimmung der schleswig-holsteinischen Städteverordnung, nach der ein von den Stadtverordneten angenommener Antrag abgelehnt ist, wenn der Magistrat in seiner Mehrheit dagegen ist, zu Fall brachte.“ Michelsen kündigte daher selbstbewußt an, daß die SPD „mit aller Energie versuchen (werde), ihren Mann durchzubringen. Nie hat sie einen Augenblick vergessen, was der bisherige Oberbürgermeister war und noch ist: nämlich die Reaktion in Person.“¹⁰

Die Flensburger Sozialdemokraten verfügten jedoch nicht über die notwendige politische Mehrheit. Bei den Kommunalwahlen im März 1919 hatten allerdings nur 18 Stimmen für ein 24. Mandat gefehlt, mit dem wenigstens ein Patt in der Stadtverordnetenversammlung erreicht worden wäre. Obwohl die SPD die bei weitem stärkste Einzelfraktion war, behielt der langjährige Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Dr. W. Löhmann, seine für die Geschäftsführung und für Kampfabstimmungen wichtige Position, die Arbeiterfraktion mußte sich mit dem Stellvertreterposten begnügen. Die in einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien und Gruppierungen - Bürgervereinsausschuß, Beamtenbund, Deutsche Demokratische

Partei, Kleinhändler-Vereinigung und Bund der Alkoholgegner - hatten aber 25 Mandate und waren sich in ihrer Konfrontationshaltung einig. Für sie gab es im Rathaus „nur eine sozialdemokratische und eine nichtsozialdemokratische Gruppe“¹¹. Flensburgs Sozialdemokraten schickten 1922 nach Einholen empfehlender Rezensionen den 1884 geborenen Juristen und Sozialwissenschaftler Dr. Klaus Wagner-Römmich, Beigeordneter in Hamborn, einen renommierten und anerkannten Sozialpolitiker für die Oberbürgermeisterposition ins Rennen. Wagner hatte zuvor als Leiter der Arbeitsnachweise in Halle und Breslau amtiert und fühlte seit 1920 in Hamborn das Lebensmittelamt. Außerdem stand er an der Spitze des Finanz- und Steuerdezernats¹². Ebenso wie Todsens wurde er neben dem dritten, allerdings wenig aussichtsreichen Kandidaten, Bürgermeister Bärschneider aus Rudolstadt, m Öffentlicher Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 27. November 1922 nach interfraktionellen Beratungen einstimmig präsentiert. Jeder Bewerber hatte mit 46 Stimmen die gleiche Zustimmung erhalten. Nachdem Bärschneider in einem Brief vergeblich um sozialdemokratische Unterstützung nachgesucht hatte, verzichtete er auf die weitere Kandidatur. Wagner stellte sich auf einer Parteiversammlung am 8. Dezember 1922 der Mitgliedschaft vor, die ihn in einem einstimmigen Votum nachhaltig zu unterstützen versprach. Wenig später sprach ihm das Gewerkschaftskartell das Vertrauen aus, und kurz vor dem Wahltag stimmte auch die KPD-Ortsgruppe Flensburg unter der Parole „Fort mit Todsens“ für Wagner¹³. Nach Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sollte am 17. Dezember 1922 gewählt werden. Es blieben also von der Präsentation bis zum Wahltag knapp 20 Tage für einen wirksamen Wahlkampf der beiden Bewerber für das Oberbürgermeisteramt. Dieser Wettbewerb entwickelte sich zu einer regelrechten Wahlschlacht, gespickt mit gegenseitigen Anschuldigungen, Diffamierungen, Korruptionsvorwürfen und bewußt ausgestreuten Verleumdungen, die das politische Klima im Rathaus gravierend belasteten, wenn nicht gar auf Dauer vergifteten. Als Sprachrohr des bürgerlichen Flensburg eröffneten die Flensburger Nachrichten die „heiße“ Wahlkampfphase am 30. November mit einem zunächst noch harmlosen Angriff auf Wagner, den „sozialdemokratischen Parteikandidaten“. Für Todsens Sprüchen hingegen seine Unparteilichkeit und seine langjährige Erfahrung. Er werde „vom Vertrauen des bei weitem größten Teils der Bevölkerung getragen“. Besonders hervorgehoben wurde seine Rolle beim Plebiszit von 1920 und seine Verdienste bei den sich anschließenden Verhandlungen mit der dänischen Regierung, an denen er als Sachverständiger mitgewirkt hatte. Flensburg könne „bei den gerade die wirtschaftlichen Belange des ganzen Grenzgebiets“ betreffenden nationalen Problemen nur einem mit der Materie vertrauten Fachmann überlassen werden. Wagner seien diese Dinge vollkommen fremd, argumentierten die Flensburger Nachrichten, die ihn in weiteren Berichten und Kommentaren als unzuverlässig mal als Störenfried darstellten. „Jedem Einsichtigen erscheint es daher vollkommen undenkbar, daß ein Zugewanderter, dem unsere Grenzfragen naturgemäß nicht Herzenssache sein können, auf einem solchen bedeutungsvollen Posten die wirtschaftlichen Interessen der Stadt in ähnlicher

Weise (wie Todsens, M. S.) nicht zu vertreten vermag.“ Der Zeitung erschien es daher „natürlich“, daß nur „ein Sohn des Landes allein geeignet ist, den Posten des ersten Beamten der nördlichsten Grenzstadt Schleswig-Holsteins zu bekleiden“ habe. Im Bericht über die öffentliche Vorstellung Wagners am 7. Dezember nahm die Zeitung dahingehend Partei, daß Wagner nichts anderes als ein „ausgesprochener Parteimann und zwar Sozialdemokrat ist“. Flensburg habe es mit einem Kandidaten zu tun „der seiner Aufgabe in dem ihm völlig fremden Grenzgebiet niemals auch nur im entferntesten gerecht werden könne. Niemals war die Forderung berechtigter, daß ein Sohn des Landes diesen wichtigen politischen Posten innehaben muß.“¹⁴ Todsens wurde von der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat unterstützt. Daher konnte er es sich sogar leisten, auf die übliche öffentliche Vorstellung am 7. Dezember zu verzichten, bei der er nicht nur Gefahr gelaufen wäre, auf den Kontrahenten zu treffen, sondern auch kritische Fragen aus dem Publikum beantworten zu müssen. Schon am 1. Dezember sprach sich der Kreishandwerkerbund „für unseren bewährten Oberbürgermeister Todsens“ aus und verkündete im Sinne der Flensburger Nachrichten, alle, „die sich gegen die Heranziehung eines fremden, noch dazu parteipolitischen Kandidaten auflehnen, an die Wahlurnen zu bringen“¹⁵. Kurz darauf folgten die positiven Voten der Kommunalvereine, die versprachen, „sich mit allen Mitteln an der Agitation“ für Todsens zu beteiligen¹⁶. Auch die Beamten des Rathauses meldeten sich zu Wort, um Todsens gegen den „landfremden Mann“ durchzusetzen, was die sozialdemokratische Volkszeitung mit einem geharnischten und ebenso diffamierenden Artikel beantwortete. „Die höheren Beamten der Stadt werden natürlich ihrem bisherigen Kollegen und ihrem gesinnungsverwandten Stadtoberhaupt ihre Stimme geben, desgleichen auch die nächsthöheren, die sich entweder ihre Stellung durch lange Jahre verdient oder durch betonte Kriecherei, durch Zuträgerei, in der Dienstsprache nennt man das Berichterstattung, oder durch Vorspiegelung falscher Tatsachen erobert haben.“¹⁷ In offenen Briefen setzten sich schließlich der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher Löhmann und Landesversicherungsrat Peter Christian Hansen, gebürtiger Flensburger und (Gründer des Arbeiterbauvereins, vehement für Todsens ein. Beide griffen die ins nationalistische Fahrwasser abgeglittene Argumentationskette der Flensburger Nachrichten auf, um, so Hansen, „den Kampf mit den Dänen“ aufzunehmen¹⁸. Mit dieser Parole eskalierte der Wahlkampf endgültig in eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Schlammschlacht, was um so bemerkenswerter ist, als Todsens Wiederwahl angesichts der realen Mehrheitsverhältnisse eigentlich nie in Gefahr war. Im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 hatte die SPD nämlich bei den Reichstagsnachwahlen im Februar 1921 mehr als 22 Prozentpunkte verloren. Bei den Magistratswahlen wenige Monate später hatte sie es trotz hervorragender Ausgangsbasis nicht einmal mehr vermocht, ihre Stammwähler zu motivieren.

Der geballten Macht des „bürgerlichen“ Flensburg hatte die Sozialdemokratie also wenig entgegensetzen. Ihre fast hilflosen Vorwürfe an Todsens, er habe der Stadt

bei Kredit- und Valutageschäften finanziellen Schaden zugefügt, waren zudem an einem gemeinsamen Dementi aller bürgerlichen Fraktionen verpufft¹⁹. Die jetzt von den Flensburger Nachrichten inszenierte „Richtungswahl“ sollte vornehmlich nationale Emotionen wecken und den politischen Gegner bloßstellen. Die SPD wurde als „national unzuverlässig“ diskriminiert, denn in der Abstimmungszeit hatte sie sich gegenüber berechtigten Ansprüchen der dänischen Seite tolerant gezeigt und war auch in der Folgezeit stets um Ausgleich bemüht gewesen. Tägliche Zeitungsartikel und Kommentare verunglimpften nun die politische Vertretung der Arbeiterbevölkerung und attackierten Wagner durch bewußte Desinformationen.

Der fehlgeschlagene Versuch der SPD, die dänische Bevölkerungsgruppe auf ihre Seile zu ziehen, gab der Zeitung zusätzlichen Argumentationsstoff. Nachdem ein Treffen Wagners am Rande der Präsentationsveranstaltung mit Vertretern des dänischen Schleswigschen Vereins öffentlich bekannt geworden war²⁰, eröffneten die Flensburger Nachrichten eine noch schärfere Kampagne gegen die SPD, die, mit nationalistischem Pathos versehen, an Gehässigkeit kaum zu überbieten war. „Der dänische Kandidat für den Oberbürgermeisterposten ist Dr. Wagner- Rømmich“, behauptete sie in der Schlagzeile am 14. Dezember und erklärte die Wahl zu einer „nationalen Gewissensfrage“. Darüber hinaus spekulierte sie darüber, wieviel finanzielle Zugeständnisse Wagner für die angebliche dänische Unterstützung versprochen habe. „Wir halten die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, dem die Dänen ihre Stimme geben wollen, weil er einige wunschgemäße Erklärungen zur Minderheitenfrage gegeben hat, für eine Unmöglichkeit.... Wir haben hier als Grenzbevölkerung, als Einwohner der Stadt Flensburg große deutsche Aufgaben zu lösen.“²¹

Hinzu kam, daß Wagner schon bei der Präsentation ungeschickt argumentiert und den Flensburger Nachrichten damit weitere, höchst willkommene Angriffspunkte geboten hatte. „Uns ist er ein Zeitgenosse wie viele andere. Ein ausgesprochener Parteipolitiker, ohne Verständnis für die besonderen Aufgaben unserer Nordmark. Ein Mann, der, wie die Dänen schreiben, sich mit ihnen ausgesprochen und in dieser Aussprache sie befriedigt hat. Ein Mann, der in seiner Wahlrede an unsere Bürgerschaft das große Wort gelassen aussprach: Die Grenze sei nun einmal gezogen und daher müsse man sich beruhigen; ob die Grenze weiter nördlich oder weiter südlich zu legen sei, wäre von keiner Bedeutung; man setze sich einfach mit den Dänen an einen Tisch, und die ganze Frage werde ohne Schwierigkeit friedlich gelöst; so habe er es mit den Polen, Rumänen usw. in Hamborn auch gehalten. Ein wunderbarer Mann! Worum Schleswig-Holsteiner und Dänen in Jahrhunderten gerungen, worum unsere Väter gekämpft und geblutet haben, was wir gewiß sind, in zähem deutschen Mute und unwandelbarer Heimmattreue - aber auch nur so - wieder zu erringen, das schafft er spielend in friedlicher Unterhaltung. Es ist doch wohl besser, er bleibt bei seinen Polen und Rumänen in Hamborn; die Dänen sind ihm über.“²²

Zwei Tage vor der Wahl sah der Leitartikler der Flensburger Nachrichten die „Dänenseite schon mit hämischem, selbstgefälligen Lächeln durch die Straßen laufen,

unter dem Schutze ihres größeren Bruders.“ Weiter hieß es: „Für uns kann und wird Dr. Wagner-Römmich ausschließlich als Kandidat der Dänenpartei Interesse haben, und es soll uns ein ganz besonderes Vergnügen sein, hinter jeder Stimme, die für ihn hingegeben wird, jene bedauernswerten Opfer dänischer Verlockungskünste zu suchen, die um so und so viel Kronen und Speckpakete, Kleidungsstücke und Ferienreisen ihre deutsche Seele und ihre deutschen Kinder den dänischen Intriganten verkaufen.“²³ In der Analyse des Wahlergebnisses sprach die Zeitung schließlich überzogen und verleumdend vom „Verrat, den die Führer der Flensburger Sozialdemokratie an der deutschen Sache und damit an dem besten und tüchtigsten Kern ihrer eigenen Partei“ geübt hätten²⁴.

Die sozialdemokratische Volkszeitung wehrte sich tapfer, jedoch vergebens gegen die inszenierte Kampagne des bürgerlichen Lagers. Wagners Verhalten bei der Präsentation wurde verteidigt, die Anschuldigungen als „gemeinste Lüge ... von korrumpierten Subjekten“ bezeichnet. „Unser Kandidat hat nur so gesprochen, wie ein Mann, der nicht nur für die oberen Zehntausend, bei denen Deutschtum und Profit dasselbe bedeuten, Oberbürgermeister sein will, sondern jeder Einwohner unserer Stadt gleich lieb und teuer ist.“ Zugleich verbreitete die Volkszeitung Gerüchte darüber, nach denen Todsens Befürworter erhebliche Geldmengen für den Wahlkampf zusammengetragen hätten²⁵. Er sei „kein Mann des heutigen Deutschland,“ hieß es in einem weiteren Kommentar, der zugleich die nationale Loyalität der Flensburger Arbeiter verteidigte, die für damals geleistete Abstimmungsarbeit „nicht mal ihre Unkosten ersetzt erhielten“, während andere „gewisse Vorkämpfer des Deutschtums in Saus und Braus (lebten), Auto-Ausflüge (machten) mit nachfolgenden Saufgelagen“. Todsen wurde als „Schädling für das Deutschtum“ und „Friedenstörer“ bezeichnet²⁶ Wagner selbst hielt eher sachlich dagegen, daß der Oberbürgermeister „direkt nichts mit der Grenzfrage zu tun habe, sondern daß diese eine Angelegenheit sei, die zwischen den Regierungen beider Länder geregelt werden müsse“. Ebenso fest war er der Überzeugung, daß man „die Minderheit so behandeln (müsse), wie man selbst behandelt werden möchte“²⁷.

Auf ihrer Suche nach möglichen Partnern hatte die SPD zudem übersehen, daß selbst dänische Wirtschaftskreise mit Todsens Amtsführung durchaus zufrieden waren. Dänisch gesinnte Bürger veröffentlichten daher am 16. Dezember einen Aufruf für Todsen „im Interesse des Wirtschaftslebens“ und betonten darin, daß selbst eine dänische Wahlenthaltung schädlich sei²⁸. Selbst in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft brachte dieser taktische Schachzug nicht mehr den erhofften Impuls. Als die Volkszeitung unmittelbar vor der Wahl in boshafter Absicht dazu aufrief, „nicht den dänischen Großgrundbesitzer Dr. Todsen zu wählen“ - dieser verfügte über Landbesitz nördlich der Grenze -, war das Maß anscheinend überschritten worden, und die letzten, noch unentschlossenen Wähler waren verprellt²⁹.

Das Ergebnis schien vorprogrammiert. Bei einer für eine kommunale Abstimmung durchaus bemerkenswerten Wahlbeteiligung von 55,2 Prozent wurde Todsen mit fast 13.800 Stimmen oder knapp 61 Prozent gewählt. Für Wagner votierten nur

enttäuschende 8.835 Flensburger und Flensburgerinnen, was in etwa dem sozialdemokratischen Stammwählerpotential entsprach. Hohe Stimmenanteile verbuchte Wagner nur in den nördlichen Arbeiterstadtteilen, in der Neustadt und im Bereich Duburg und Norderstraße mit zum Teil über 80 Prozent. Für Todsen votierte vor allem das auf den Höhenzügen und im näheren innerstädtischen Bereich wohnende Bürgertum mit ebenso bis zu 80 Prozent, aber auch eine deutliche Mehrheit der im St. Jürgen- und St. Johannis-Viertel beheimateten Wähler³⁰. Nach einem Bericht der Flensburger Nachrichten forderte Todsen die aufgebrachten Gemüter im übrigen schon auf der folgenden Stadtverordnetensitzung am 21. Dezember 1922 wieder zu kollegialer Zusammenarbeit auf, verband dies allerdings mit einem deutlichen Seitenhieb auf die unterlegene SPD, deren Vorwürfe ihn zutiefst verletzt hätten. „Auch im Reich habe man sich nach der Revolution wieder zu gedeihlicher Arbeit gesammelt. In nationalpolitischer Beziehung sei man sich, wie jeder wisse, im Saale immer einig gewesen“, versuchte er zu schlichten. Zudem habe der „Kampf“ vor allem außerhalb des Rathauses „getobt“. Das war insofern richtig, als Todsen im Wahlkampf selbst nicht einmal persönlich präsent war, ja wenige Tage vor dem angesetzten Termin noch an einer turnusmäßigen Sitzung des preußischen Staatsrats teilnahm. Auch inhaltlich beteiligte er sich ebenso wie Wagner nicht an der öffentlichen Auseinandersetzung. Das erledigten, wie gezeigt, andere für ihn. Weniger glaubhaft und durch den Wahlkampf geradezu ad absurdum geführt, war jedoch sein beinahe beschwörender Hinweis, daß „Nationalpolitik im Rathaus nichts zu suchen“ habe³¹.

Die Ausgrenzung der Sozialdemokratie bei der Oberbürgermeisterwahl 1930

Zwar war Hermann Todsen für weitere zwölf Jahre als Oberbürgermeister bestätigt worden, mit Erreichen der Altersgrenze hätte er jedoch eigentlich zum Jahresende 1929 ausscheiden müssen. Da die turnusmäßigen Kommunalwahlen in Preußen für 1928 um ein Jahr verschoben wurden, stimmten auch die Rathausfraktionen gemeinsam der Verlängerung der Amtszeit um ein Jahr zu, um in Ruhe geeignete Kandidaten für die wichtige Position an der Spitze der Verwaltung zu nominieren. Am 16. Juni 1930 wurde die Stelle öffentlich ausgeschrieben, nach vorausgegangenem Präsentationsverfahren sollte am 9. November gewählt werden.

Mit der Kommunalwahl 1929 hatten sich die Gewichte in der für die Vorauswahl der Kandidaten zuständigen Stadtverordnetenversammlung jedoch nochmals zugunsten der SPD verschoben. Die Fraktionsgemeinschaft „Bürgerliche Einheitsfront“ hielt jetzt mit mehr als 18.000 Stimmen 24 Mandate, davon 20 für den aus unterschiedlichen Interessengruppen, den Kommunalvereinen, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Demokratischen Partei und Deutschnationalen Volkspartei zusammengesetzten Bürgerblock und vier für den jetzt als „Liste der Mitte“ angegliederten Beamtenbund. Die mit 1.087 Stimmen erstmals präsente NSDAP hatte einen Sitz erobert. Weiter war die dänische Minderheit bei 2.932 Wählerstimmen durch vier Stadtverordnete vertreten und der linke Flügel der Arbeiterbevölkerung durch die KPD mit 1.694 Stimmen, was zwei Mandate bedeutete, präsentiert. Die NIM),

gewählt von 9.657 Wählern, verfügte nur noch über 14 Stadtverordnete, blieb aber trotzdem stärkste Einzelfraktion³². Flensburgs Wähler hatten sich wiederum mehrheitlich für die schon zur Zeit des Kaiserreichs dominierende bürgerlich-nationale Führungsschicht entschieden. Für die Durchsetzung eigener Ziele war die SPD nun noch mehr auf sachliche Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung angewiesen. Ein Sozialdemokrat auf der prestigeträchtigen Position eines Oberbürgermeisters konnte jedoch nicht im Sinne der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft sein, das sollte mit aller Macht, wenn nötig unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, die Wahlrecht und Wahlreglement boten, verhindert werden.

Nach fieberhafter Suche hatte der Bürgerblock zunächst den Oberbürgermeister der Stadt Memel, Dr. Rudolf Grabow, zum Favoriten auserkoren. Zweiter Interessent war Flensburgs zweiter Bürgermeister Alfred Loeber³³, den besonders einzelne Mitglieder der städtischen Finanzkommission unterstützten. Die wegen der absehbaren bürgerlichen Uneinigkeit hoffnungsvolle SPD beabsichtigte, Oberbürgermeister Klimpel aus Freithal in Sachsen ins Rennen zu schicken. Als wenig aussichtsreich galt die Kandidatur des in Flensburg zunächst vollkommen unbekanntes Ersten Beigeordneten der Stadt Neuß, Dr. Fritz David von Hansemann. Bei der „Präsentation“ vor der Stadtverordnetenversammlung mußte es also zu einer Kampfabstimmung kommen, da nur drei Kandidaten zur öffentlichen Wahl zugelassen werden konnten. An der geheimen Abstimmung am 16. September 1930 beteiligten sich wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit des dänischen Vertreters Münchow 44 Stadtverordnete, jeder von ihnen konnte bis zu drei Stimmen auf die jeweiligen Kandidaten verteilen.

Die bürgerliche Fraktionsgemeinschaft votierte geschlossen und gab 24 gleiche Stimmzettel ab. Dabei erhielt, nicht überraschend, Loeber 28 Stimmen, der zusätzlich noch von anderen Gruppen Unterstützung erhielt. Ihm am nächsten kamen Grabow und von Hansemann mit jeweils 24 Stimmen, während für Klimpel nur die 14 Sozialdemokraten votierten. Die drei dänischen Vertreter verteilten ihre Stimmen gleichmäßig auf drei Kandidaten. Klimpel mit insgesamt 17 Stimmen war also durchgefallen, die SPD als stärkste Fraktion vom weiteren Verfahren ausgegrenzt.

Damit erging es der SPD ähnlich wie bei der Wahl für den Posten des zweiten Bürgermeisters im August 1921, die Loeber trotz einer für die Sozialdemokraten günstigeren Ausgangssituation für sich entscheiden konnte. Auch hier hatte die bürgerliche Fraktionsgemeinschaft ihre Mehrheit ausgenutzt und zum Schaden der SPD nicht den von ihr favorisierten Kieler Kommunalpolitiker Voigt auf der Liste plazierte, sondern auf Druck des Beamtenbundes mit Stadtrat Bruno Eichhorn und dem zweiten Bürgermeister der Stadt Herford. Osmer, zwei andere sozialdemokratische Kandidaten. Dies erwies sich als geschickter Schachzug und trug erhebliche Unruhe in die sozialdemokratischen Reihen. Nach Osmers überraschendem Verzicht fand der in Flensburger SPD-Kreisen nicht unumstrittene Eichhorn bei einer enttäuschenden Wahlbeteiligung von knapp 45 Prozent keine Mehrheit. Zudem mußte die Stimmabgabe nach dem noch nicht reformierten Reglement der Städteordnung von 1869

öffentlich vorgenommen werden, so daß sich SPD-Stammwähler aus Angst vor Repressionen seitens ihrer Arbeitgeber möglicherweise der Wahl enthalten hatten. „Das Gespenst einer sozialdemokratischen Majorität (ist) für immer aus Flensburg verbannt“, triumphierte der Kommentator der Flensburger Nachrichten am 17. August 1921, die Volkszeitung empfand die Wahl in einer Titelzeile als „Vergewaltigung“³⁴.

Die SPD mußte das erneut kompromittierende Abstimmungsverhalten der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft bei der Präsentation der Kandidaten als offenen Affront auffassen und sprach einem Bericht der Volkszeitung zufolge von einem „Scherbenhaufen im Rathaus“. Die Fraktion lehnte daher die Teilnahme an einer sich anschließenden Kollegiensitzung ab. Erbst über den Ausgang der Abstimmung, erklärte Fraktionsführer Hans Jensen, daß seine Fraktion „in diesem Hause nicht mehr zur Verständigung bereit sei“. Der Bürgerblock wolle nur „die anderen Gruppen vergewaltigen“. Er bemängelte, durchaus zu Recht, daß dieser um des eigenen Vorteiles willen mit einem jahrelangen Brauch bei der Präsentation gebrochen und die Kompromißbereitschaft der SPD nicht honoriert habe. Auch wenn das „Machtgefühl im Augenblick Befriedigung verschaffe“, konnte der entstandene Riß mich Einschätzung der Volkszeitung kaum „jemals wieder überbrückt“ werden.

Die bürgerliche Fraktion hat jedem demokratischen Prinzip Hohn gesprochen.“³⁵ In einer gleichzeitig veröffentlichten Erklärung drohte Jensen nochmals, „daß der politische Anstand doch (hätte) dazu führen sollen, der stärksten Partei Flensburgs den ihr zustehenden einen Kandidaten zu überlassen. Man hat die rohe Macht walten lassen, statt klug und überlegt zu handeln. Damit hat die Fraktion Bürgerbund der Arbeiterschaft einen Schlag ins Gesicht gegeben. Wie die politischen Folgen sich auswirken, wird die Zukunft zeigen.“

Stellvertretend für die bürgerliche Einheitsfront gab Justizrat Dr. Löhmann in einem offenen Brief in den Flensburger Nachrichten eine geharnischte Antwort. Doch letztlich konnte er nur die sozialdemokratische Kritik an dem bürgerlichen Künkespiel bestätigen. Er äußerte zwar zunächst Verständnis für die Enttäuschung der SPD, die sich jedoch, so Löhmann, gründlich verrechnet hätte, weil sie auf ein „zersplittertes Bürgertum“ gehofft habe. „Zu einer sittlichen und politischen Beanstandung gibt dieses Verfahren keine Veranlassung. Die 24 Stadtverordneten haben nur von ihrem gesetzlich gewährten Recht Gebrauch gemacht, und sie mußten dies nach Lage der Dinge tun.“ In einer längeren Passage streifte er anschließend die historische Entwicklung der Oberbürgermeisterpräsentation, die für ihn immer eine Mehrheitswahl gewesen sei. Gerade nach dem negativen Ausgang der Reichstagswahl von 1928 aber hätte die bürgerliche Einheitsfront einen sträflichen Fehler begangen, „wenn sie der Sozialdemokratie auch nur zur Möglichkeit der Wahl eines sozialdemokratischen Ersten Bürgermeisters verholfen“ hätte.

Klagen der SPD bezeichnete er als heuchlerisch, ja er hielt ihr sogar vor, daß sie in gleicher Position genauso gehandelt hätte, verschwieg dabei jedoch wohlweislich, daß, wie schon kurz erwähnt, die bürgerliche Fraktionsgemeinschaft in Flensburg

bereits 1921 ähnlich verfahren war. „Bei der heutigen innenpolitischen Lage im Reich handelt es sich doch wesentlich um eine Auseinandersetzung zwischen den grundverschiedenen Auffassungen der sozialistischen und der sog. bürgerlichen Wirtschaft. Und dieser Kampf wird nicht nur im Reich und Staat, sondern besonders in den Kommunalverwaltungen ausgefochten.“³⁶ Auch die Flensburger Nachrichten stellten unter Berufung auf eine Mitteilung von kompetenter Seite unmißverständlich klar, daß die bürgerliche Mehrheitsfraktion nur dem Wunsch der eigenen Klientel nachgekommen sei. Der SPD wurde vorgeworfen, keinerlei Anstalten für eine vorherige Verständigung gemacht zu haben, „welchen Schritt zu tun ja jeweils der kleineren Fraktion zukommt. Wenn die Wünsche einer solchen starken Minderheit deshalb nicht berücksichtigt werden konnten, so ist dies allein auf die ungeschickte Haltung der Führer der sozialdemokratischen Seite zurückzuführen.“ Trotz gegenteiliger Behauptung war die SPD aber immer noch die stärkste Einzelfraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Nach den öffentlichen Darlegungen der bürgerlichen Einheitsfront wären die angemahnten Verhandlungen zudem von vornherein aussichtslos gewesen. In den verbleibenden Wochen zeigte sich die SPD vollkommen desinteressiert an dem sich entzündenden Wahlkampf, in dem von drei bürgerlichen Kandidaten nur noch Loeber und Hansemann übrigblieben. Grabow hatte den Flensburgern nämlich wenige Tage nach der Präsentation am 7. Oktober lapidar mitgeteilt, daß er zwischenzeitlich zum Rostocker Oberbürgermeister gewählt worden sei. Dennoch verblieb sein Name auf dem Stimmzettel, da nach Auffassung des bürgerlich majorisierten Wahlausschusses die Präsentationsentscheidung der Stadtverordneten weiterhin Gültigkeit habe³⁷. Ob damit einer möglichen Wiedereröffnung des Verfahrens vorgebeugt werden sollte, bei der sich der SPD-Kandidat vielleicht doch noch hätte passieren können, muß Spekulation bleiben. Es erscheint jedoch unglaubwürdig, wenn die Flensburger Nachrichten stellvertretend für die bürgerliche Seite behaupteten, von Grabows Wahl in Rostock überrascht worden zu sein. Es ist auch unwahrscheinlich, daß niemand in Flensburg von seiner dortigen, aussichtsreichen Kandidatur gewußt haben wollte. Wenn er jedoch schon bei der Präsentation am 16. September ausgefallen wäre, hätte dies nach der komplizierten Präsentationsarithmetik wohl nur dem Sozialdemokraten Klimpel nützen können, dessen Kandidatur ja - wie dargestellt - unter allen Umständen verhindert werden sollte. Flensburgs SPD-Führung verweigerte, von allen Gewerkschaftsverbänden unterstützt, sogar ihre Teilnahme an der feierlichen Eröffnung des Deutschen Hauses am 27. September 1930. Zudem votierte ein Sonderparteitag am 7. November einstimmig für einen Boykott der Oberbürgermeisterwahlen³⁸. Trotz sozialdemokratischer Enthaltensamkeit verlor das bürgerliche Flensburg aber nicht das Interesse an der Wahl seines neuen Stadtoberhauptes. Nahezu 3000 Menschen strömten am 8. Oktober 1930 ins Deutsche Haus, um den Vorstellungsreden beider Kandidaten zu lauschen. Hansemann nutzte die Gelegenheit, gab einen ausführlichen Bericht zu seiner Person und ertete trotz wenig kenntnisreicher Anmerkungen zum spannungsgeladenen deutsch-dänischen Verhältnis und der wirtschaftlichen Situation

Flensburgs als Grenzstadt große Zustimmung. Loeber hingegen beschränkte sich in seiner eher nüchternen und sachlichen Art auf die Aufzählung seiner Verdienste im Amt des zweiten Bürgermeisters in der Fördestadt. Insbesondere der Satz, daß „diejenige Frau ... bekanntlich die beste ist, von der am wenigstens gesprochen wird, so habe ich immer geglaubt, sollte auch ein Verwaltungsbeamter nicht soviel Wesens und Redens um sich machen, sondern ruhig und still seine Pflicht tun“, wurde ihm letztlich zum Verhängnis. Flensburgs Bürgertum wünschte keinen „spröden“ Beamten in der Spitzenposition des Rathauses, sondern verlangte nach einer Persönlichkeit, einem „Mann von Format“, wie es der Stadtverordnete Wolf auf einer Versammlung der Wirtschaftspartei am 16. Oktober ausdrückte, der für würdig befunden wurde, in die Fußstapfen seiner beiden Vorgänger zu treten ³⁹.

Ende Oktober wendete sich das Blatt zugunsten Hansemanns. Der vermeintliche Favorit Loeber, auf dessen Vorschlag noch im April 1930 die Gewerbesteuer für freie Berufe auf Druck der Wirtschaftspartei um 20 Prozentpunkte gesenkt worden war, stand trotz dieses großzügigen „Wahlgeschenks“ plötzlich auf verlorenem Posten⁴⁰. Von den Vorstellungsvorträgen verunsichert, traten die fünf Kommunalvereine mehrfach zu vertraulichen Beratungen zusammen. Da untereinander keine Einigung zu erzielen war, beschlossen diese eine Kommission nach Neuß zu schicken, die sich dort eingehend über die Persönlichkeit Hansemanns informieren sollte. Nach deren Rückkehr wurde am 7. November 1930 nochmals ins Deutsche Haus geladen, um zu einem abschließenden Votum für einen der beiden Kandidaten zu kommen. Vor wiederum nahezu 3000 Menschen sprachen sich die Kommunalvereine nach der öffentlichen Entgegennahme des Berichts der Neußer Delegation einstimmig für Hansemann aus. Das Abstimmungsergebnis wurde am Tage darauf in großer Aufmachung in den Flensburger Nachrichten veröffentlicht. Nicht nur die Kommunalvereine, auch sämtliche Flensburger Wirtschaftsverbände waren zu ihm übergelaufen. Nur die städtische Finanzkommission stand weiterhin hinter Loeber.

Durch den sozialdemokratischen Wahlboykott reduzierte sich die Wahlbeteiligung erheblich und betrug nur noch 34,2 Prozent. Hansemann konnte sich dabei als glänzender Wahlsieger präsentieren und erreichte 13.254 Stimmen, das entsprach ca. 90 Prozent. Für Loeber hingegen votierten nur enttäuschende 1.417 Wähler". Ein Außenseiter, mit dem zuvor niemand ernsthaft rechnete, hatte das Kennen gemacht. Dennoch blieben dem 44-jährigen Fritz von Hansemann nur gut drei Jahre im Amt des Oberbürgermeisters vergönnt. Nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 und besonders nach der Kommunalwahl am 12. März desselben Jahres wurde die Stadtverordnetenversammlung von der NSDAP-Fraktion vollends instrumentalisiert und im Zuge der Gleichschaltung entmachtet. Am 12. Dezember 1933 wurde Hansemann abgesetzt und vom willfährigen NSDAP-Mitglied Dr. Wilhelm Sievers, vormals Bürgermeister in Eckernförde, abgelöst.

Flensburger Oberbürgermeisterwahlen - ein Lehrstück im Prozeß des Scheiterns der Weimarer Demokratie

Nach demokratischem Selbstverständnis ist es heute durchaus geläufig, wenn politische Parteien und Fraktionen sich darum bemühen, einen kompetenten Kandidaten ihrer Couleur in eine Spitzenposition wählen zu lassen. Grundlegend anders hingegen war die Situation in der Weimarer Republik, dem letztlich gescheiterten ersten Versuch einer Demokratie auf deutschem Boden. Die durchaus berechtigten sozialdemokratischen Ambitionen auf die Position des Oberbürgermeisters in Flensburg versuchten die bürgerlichen Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu torpedieren. Die Flensburger Volkszeitung, als Organ der lokalen SPD, sprach im Anschluß an die Ausgrenzung des eigenen Oberbürgermeisterkandidaten bei der Wahl von 1930 durchaus zu Recht von einem „Scherbenhaufen im Rathaus“. Auch die vorhergehende Wahl 1922 war, von bürgerlicher Seite verursacht, kein fairer Wettbewerb zwischen den um den Oberbürgermeisterposten ringenden Kandidaten, sondern fand in einer auch nationalpolitisch unangenehm „vergifteten“ Atmosphäre statt. Das politische Klima in der Fördestadt war weiterhin vom traditionellen, tiefgehenden und ungebrochen fortwirkenden gesellschaftlichen Gegensatz zwischen dem Bürgertum und den Organisationen der Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Unterstützt von der bürgerlichen Presse, insbesondere den Flensburger Nachrichten, wurde die SPD ähnlich wie in der Klassengesellschaft des Kaiserreichs aus dem kommunalpolitischen Herrschaftsgefüge weitgehend ausgegrenzt. Die Möglichkeiten zu politischer Gestaltung im Interesse der eigenen Klientel blieben begrenzt. Mitarbeit in den kommunalen Gremien wurde häufig als „parteilpolitisch“ denunziert, während bürgerliches kommunales Handeln angeblich nur dem „Wohle der Stadt“ verpflichtet war.

Die Blockadepolitik der bürgerlichen Rathausfraktionen und die damit verknüpfte Ausschaltung der SPD trug erheblich zur Polarisierung der politischen und sozialen Kräfte bei und ließ dem für den Erhalt des demokratischen Gemeinwesens wichtigen politischen Konsens wenig Entfaltungsmöglichkeiten. Dabei waren alle politischen Gruppierungen angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Rathaus zur praktischen Zusammenarbeit verpflichtet. Fehlende Kompromißbereitschaft und die Pflege des eigenen Erscheinungsbildes auf Kosten des politischen Gegners bedrohten nicht nur wichtige Entscheidungsfindungen, sondern verweherten einem großen Teil der Flensburger Bevölkerung bewußt die aktive Teilnahme am Prozeß der parlamentarischen Demokratie. Damit wurden gerade diejenigen Bevölkerungsschichten getroffen, die noch im Kaiserreich kaum Chancen zur Durchsetzung berechtigter Ansprüche gehabt hatten.

Auch bei den Oberbürgermeisterwahlen in Flensburg zeigte sich, daß es trotz vielfältiger Bemühungen in den 14 Jahren des Weimarer Verfassungsstaates nicht gelungen war, überkommene demokratische Defizite aus den Hinterlassenschaften des Kaiserreichs abzubauen und notwendiges Vertrauen in der Bevölkerung zu festigen. Erst nachdem das nationalsozialistische Unrechtssystem beseitigt worden war, dessen zerstörerische Politik logischerweise nur in der Selbsterstörung münden konnte, wurden die dringend notwendigen Konsequenzen aus dem Scheitern

der ersten deutschen Republik gezogen und eine von allen sozialen und politischen Kräften gelebte Rechts- und Verfassungsordnung geschaffen.

Anmerkungen

- 1 Hartmut Borchert, Das neue kommunale Verfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kiel 1996, S. 23 ff.
- 2 Reimer Bracker, Klaus-Dieter Dehn, Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein. Neufassung 1998 - Kommentar, Wiesbaden 1997, S. 272 ff.
- 3 Allg.: Dieter Pust, Politische Sozialgeschichte der Stadt Flensburg. Untersuchungen zur politischen Führungsschicht Flensburgs im 18. und 19. Jahrhundert, Flensburg 1975, S. 134 ff sowie ders. Könige, Bürgermeister und Präsidenten in Flensburg. Biographische Skizzen, Flensburg 1987, S. 41 ff.
- 4 Matthias Scharlt, „Bürger heraus!“ Kommunal wählen und Rechtstrend im Raum Flensburg 1918/19, in GfH 4 (1994), S. 255 ff.; zur Diskussion um die Teilnahme an den Kommunalwahlen vgl. Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988, S. 119 ff.
- 5 Pust, Könige, ebd.
- 6 Zahlen nach Pust, Könige, S. 47.
- 7 So der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Jensen bei der Verabschiedung Todsens im Oktober 1930 in VZ 1. 10. 1930; zu Todsens u. a. Broder Schwensen, Der Schleswig-Holsteiner Bund 1919-1833. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalpolitischen Verbände im deutsch-dänischen Grenzgebiet, Frankfurt 1993, S. 43 f., S. 285 ff.
- 8 VZ, ebd.
- 9 Bericht vom 28. 8. 1917, LAS 309/8317.
- 10 VZ 29. II. 1922; einfürend auch: Horst Windmann, Die Flensburger SPD in der Zeit der Weimarer Republik: 1918-1923, in: 125 Jahre SPD in Flensburg, Flensburg 1993, S. 38 ff,
- 11 Windmann, S. 49.
- 12 1933 wurde Wagner-Römmich aus politischen Gründen in Hamborn entlassen und arbeitete bis 1945 als freier Wissenschaftler. Nach dem Krieg wieder in Funktion, leitete er das Schuldezernat und das Jugendamt der Stadt Duisburg. Er starb am 2. Februar 1955 in Bad Homburg, VZ 29. 11. 1922 und freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Duisburg vom 26. 1. 1999.
- 13 VZ 2. 12., 7. 12. 8. 12. und 13. 12. 1922.
- 14 FN 8. 12. und 13. 12. 1922, Hervorhebungen im Original.
- 15 FN 2. 12. 1922.
- 16 Z. B. der Kommunalverein St. Nikolai, FN 13. 12. 1922.
- 17 FN 13. 12. 1922., VZ 13. 12. 1922.
- 18 FN 14. 12. und 16. 12. 1922.
- 19 FN 13. 12. 1922.
- 20 FN 9. 12. 1922.
- 21 FN 9. 12. 1922.
- 22 FN 14. 12. 1922.
- 23 FN 15. 12. 1922.
- 24 FN 18. 12. 1922.
- 25 VZ 11. 12. 1922.
- 26 VZ 14. 12. 1922.

- 27 VZ 12. 12. 1922.
- 28 FN 16. 12. 1922.
- 29 VZ 15. 12. 1922.
- 30 Wahlergebnis nach FN und VZ 18. 12. 1922.
- 31 FN 22. 12. 1922.
- 32 Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Informationen und Materialien. Flensburg 1972, S. 422.
- 33 Locher war Bürgermeister von August 1921 bis 1933. Er verstarb am 22. 1. 1959 in Kiel, STA FI, Persdok.
- 34 Berichterstattung in: FN 2. 6., 3. 6., 22. 7., 28. 7., 10. 8., 13. 8., 15. 8., 17. 8. 1921 und FVZ 2. 6., 7. 8, 10. 8., 13. 8. und 15. 8. 1921.
- 35 VZ 17. 9. 1930.
- 36 FN 20. 9. 1930.
- 37 FN 7. 10. und 1. 11. 1930.
- 38 VZ 8. 11. 1930.
- 39 FN 8. 10. 1930 auch 17. 10. 1930.
- 40 Bericht in VZ 21. 6. 1930.
- 41 Wahlergebnis nach FN und VZ 10. 11. 1930.

Die nationale Entwicklung im Grenzland seit 1945

von *HENRIK BECKER-CHRISTENSEN*

Der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Herr Landrat Kamischke, hat mir bei seiner Einladung, auf diesem Jahresempfang eine Ansprache zu halten, ¹ freie Hand gelassen bei der Wahl des Themas. Was wäre aber natürlicher für den neuen dänischen Generalkonsul - und vor diesem Forum -, als auf das einzugehen, was uns alle betrifft - ob wir uns nun als Deutsche, Dänen oder Friesen fühlen - nämlich: die nationale Entwicklung in unserem eigenen Grenzland.

Alle wissen, daß die Zeit nicht stehenbleibt. Und so ist es auch mit der geschichtlichen Entwicklung. Sie ist ein kontinuierlicher Prozeß. Doch Ereignisse treten ein, die so außergewöhnlich sind, daß sie ein Bruch mit der Vergangenheit und damit der Beginn von etwas Neuem sind. So wie in den Jahren 1848, 1864, 1920 und 1933 rollte das Rad der Geschichte im deutsch-dänischen Grenzland auch 1945 in eine neue Richtung. Wir nähern uns schnellen Schrittes einer Jahrhundertwende -ja sogar einer Jahrtausendwende. Das kann uns dazu mahnen, eine kurze Bilanz der nationalen Entwicklung seit 1945 zu ziehen.

Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang mit meinen eigenen - sehr frühen - Erfahrungen in diesem Bereich anfangen. Ich bin Jahrgang 1950, in Vejle geboren. Seit meinem ersten Lebensjahr bis Anfang der 60er Jahre war ich jeden Sommer mit meinen Eltern 14 Tage an der Ostküste der Insel Als. Wir wohnten in einem Ferienhotel, Mommark Færgegård, wo früher die Fähre von Mommark nach Fåborg auf Fünen verkehrte.

In dieses Sommerparadies kamen damals nicht nur dänische Familien, sondern auch viele deutsche. Die Erwachsenen haben in den 50er Jahren sicherlich ihre nationalen Ressentiments gehabt. Wir Kinder spürten es aber nicht. Wir spielten miteinander am Strand. Die ersten deutschen Worte, die ich damals lernte, war die kurze Aussage: „verstehe nicht“, wenn mich jemand auf deutsch ansprach. Die nächsten zwei Sätze, die ich lernte, waren dagegen mehr auf Kooperation eingestellt, nämlich: „Willst du Federball spielen?“ und „Willst du baden gehen?“

Bekanntlich gibt es aber auch eine Welt außerhalb Veronas, auch in nationaler Hinsicht. Das spürte ich damals in den 50er Jahren unter anderem beim Besuch auf Düppel, am Dannewerk und in Sonderburg, wo es Geschäfte gab, in denen Dänen nicht einkauften, weil die Besitzer sich während der deutschen Besatzung Dänemarks exponiert hatten. Diese „Information“ oder Eindrücke verband ich aber damals nicht mit meinen deutschen Freunden am Strand von Mommark.

Das war ein kleiner Blick in die Welt der Kindheit, wo die nationalen Vorbehalte anderen Menschen gegenüber noch nicht Eingang gefunden hatten. Das ist ja bekanntlich immer etwas von den Älteren Erlerntes. So lag Mommark damals für Kinder im doppelten Sinne des Wortes auf einer glücklichen Insel. Das war meine erste

Begegnung mit dem deutsch-dänischen Grenzland.

Wie erwähnt waren die zwei ersten deutschen Sätze, die ich als Kind lernte, „verstehe nicht“ beziehungsweise „Willst du Federball spielen?“ - in dieser Reihenfolge. Man kann mit einem gewissen Recht sagen, daß diese zwei Aussagen im übertragenen Sinne kennzeichnend für die Entwicklung sind, die das deutsch-dänische Verhältnis innerhalb der letzten 55 Jahre hier im Grenzland durchlaufen hat. Ich denke hier an das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit auf jeder Seite der Grenze und an das Verhältnis zwischen den Mehrheitsbevölkerungen über die Grenze hinweg. Obwohl diese Zeitspanne noch nicht einmal die Lebensspanne eines einzelnen Menschen ausmacht, ist tatsächlich von „einer Welt von gestern“ die Rede, wenn wir auf die ersten Nachkriegsjahre zurückschauen.

Mir die deutsche Minderheit begann im Mai 1945 die „Rechtsabrechnung“, die nach Dänemarks Befreiung im ganzen Land einsetzte. Insgesamt wurden knapp 3000 deutsch gesinnte Nordschleswiger wegen Handlungen zum Schaden des Landes verurteilt. Diese Anzahl entsprach etwa einem Zehntel aller Angehörigen der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Der Umfang der „Rechtsabrechnung“ und die Tatsache, daß Gesetze mit rückwirkender Kraft angewandt wurden, erzeugten bei vielen Deutschgesinnten eine tiefe Verbitterung. Die Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen der Minderheit und die Schließung der deutschen Schulen hatten zur Folge, daß man 1945 ganz von vorn anfangen mußte.

In dieser Situation machte sich die Minderheit Gedanken über eine neue Zukunft. Das kam in der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 zum Ausdruck, wo es heißt: „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.“ Da die deutsche Minderheit sich gleichzeitig zur demokratischen Staatsform bekannte, war die Grundlage für eine nationale Aussöhnung geschaffen. Diese vollzog sich nicht von einem Tag auf den anderen, doch von dieser Zeit an waren deutsche und dänische Nordschleswiger nur noch durch die Vergangenheit - aber nicht mehr durch die Zukunft - getrennt.

Anders sah es in den ersten Jahren nach 1945 in Südschleswig aus. Hier wandelte sich die dänische Bewegung zur stärksten politischen Kraft und stellte damit die Frage nach der zukünftigen staatlichen Zugehörigkeit Schleswigs. Diese Frage wurde im Oktober 1946 von der dänischen Regierung in einer Note an die britische Regierung beantwortet - in der Praxis eine Wiederholung der früheren dänischen Erklärung vom Mai 1945, daß die Grenze „fest liegt“. Bis sich diese Position durchsetzte, dauerte es länger - sowohl in Dänemark als auch in Südschleswig. Hinzu kam aber in der Zeit nach 1945 die Frage der Entfaltungsmöglichkeiten der dänischen und friesischen Minderheiten in Südschleswig. Von dänischer Seite wurde die deutsche Politik vielfach als Nadelstichpolitik empfunden. Sie kulminierte, als die bisherige Fünfprozentklausel des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes im Oktober 1951 auf 7,5 Prozent erhöht wurde. Das Bundesverfassungsgericht erklärte

dieses Vorgehen später als verfassungswidrig. Doch das Urteil kam zu spät. Bei der Landtagswahl von 1954 blieb der Südschleswigsche Wählerverband sogar unter 5 Prozent sämtlicher Stimmen in Schleswig-Holstein und verlor damit seine 4 Sitze im Kieler Landtag.

Es kann vor dem hier skizzierten Hintergrund nicht verwundern, daß die Kontakte über die Grenze hinweg zwischen dänischen und deutschen Politikern, Beamten und Institutionen in diesen Jahren auf ein Minimum begrenzt waren. Kurz gesagt waren die deutsch-dänischen Beziehungen im Grenzland in den ersten 10 Jahren nach 1945 ziemlich schlecht. Diese festgefrorene Situation änderte sich glücklicherweise durch ein Eingreifen sozusagen von außen, nämlich durch die Regierungen in Kopenhagen und in Bonn.

Der Anlaß dafür war die geplante Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato. In diesem Zusammenhang erwähnte der dänische Außenminister H. C. Hansen im Oktober 1954 auf der Nato-Tagung in Paris die Situation der dänischen Minderheit in Südschleswig. Bundeskanzler Adenauer war anwesend und erklärte sich sofort bereit, das Problem aufzugreifen. Die nachfolgenden Verhandlungen führten im März 1955 zur Annahme von zwei parallelen Regierungserklärungen zu den Minderheitenverhältnissen auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze. Die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen beginnen beide mit einem Passus, in dem die Regierungen ihren Wunsch ausdrücken, „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern.“ In der Einleitung wird auf den Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte und auf die jeweiligen früheren Minderheitenerklärungen von 1949 hingewiesen. Danach folgt eine Aufzählung der demokratischen Rechte, wie sie in den Verfassungen der beiden Staaten niedergelegt sind, und der ausdrückliche Hinweis darauf, daß diese Rechte auch für die Angehörigen der Minderheiten gelten.

Als Konsequenz dieser Rechtsgrundsätze wird festgestellt, daß das Bekenntnis zum deutschen oder dänischen Volkstum und zur deutschen oder dänischen Kultur frei sei und nicht von Amts wegen bestritten oder nachgeprüft werden dürfe. Im Zusammenhang mit diesen beiden Erklärungen hob die Bundesregierung in einem deutsch-dänischen Protokoll der Verhandlungsführer hervor, daß sie sich dafür einsetzen werde, daß die Fünfprozentklausel zugunsten der nationalen Minderheiten abgeschafft werde und die Zuschüsse für die dänischen Schulen wieder angehoben würden. Im Gegenzug versprach die dänische Regierung, den deutschen Schulen in Nordschleswig das Examensrecht wieder zuzuerkennen. Diese Versprechen wurden erfüllt. Die Kopenhagener Erklärung wurde vom dänischen Folketing und die Bonner Erklärung vom Bundestag angenommen.

Die Bundesregierung hätte die Probleme lieber durch einen bilateralen Minderheitenvertrag gelöst. Sie mußte sich aber der dänischen Ansicht beugen, daß die deutsch-dänische Verständigung in der Minderheitenfrage durch die Parallelität der

Zustimmung durch die beiden Parlamente zum Ausdruck kommen sollte. Es besteht kein Zweifel daran, und es wird in den Texten deutlich, daß die beiden Erklärungen aufs genaueste aufeinander abgestimmt worden waren. Völkerrechtlich bieten sie keinem der Partner die Möglichkeit, bestimmte Vorstellungen oder Forderungen auf dem Rechtsweg einzuklagen oder durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates durchzusetzen. Dänemark hat also seine seit 1864 geltende Haltung in dieser Frage durchgesetzt. Entscheidend ist jedoch, daß beide Partner den Willen gezeigt haben - und weiterhin zeigen daß sich die freiwillige Gegenseitigkeit und damit den Geist der Erklärungen verwirklichen wollen.

Bei der Unterzeichnung der Bonner und der Kopenhagener Erklärung am 29. März 1955 sagte der dänische Ministerpräsident H. C. Hansen, daß die deutsch-dänische Vereinbarung der Ausdruck weitreichender Bestrebungen sei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark zu verbessern. Das sollte sich in den folgenden Jahren bestätigen. Mit der Bonn-Kopenhagener Lösung des Minderheitenproblems war der Weg zu einer Annäherung der beiden Staaten geebnet. Im Zeichen der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Nato und später in der EG/EU entwickelte sich die Partnerschaft zu einer guten Nachbarschaft.

Das war nicht nur für das Verhältnis zwischen den Staaten, sondern auch unter den Menschen in der deutsch-dänischen Grenzregion der Fall. Mit den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen waren im Jahre 1955 die Voraussetzungen für ein besseres Klima im Grenzland geschaffen worden. Bekanntlich wechselt Winter nicht mit Frühling von einem Tag auf den anderen. Aber innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre war dieser Prozeß so weit gediehen, daß man im Hinblick auf die Minderheiten von einem Modellfall zu sprechen begann.

Dieser Prozeß ist in den letzten zwei Jahrzehnten weiterentwickelt worden. Die letzten Meilensteine - und Ergebnisse der guten Nachbarschaft zwischen Minderheiten und Mehrheiten auf beiden Seiten der Grenze - sind die Teilnahme der deutschen Minderheit an der dänischen Wiedervereinigungsfeier auf den Düppeler Schanzen 1995 und der gemeinsame Besuch der zwei Staatsoberhäupter, Ihrer Majestät Königin Margrethe II. und des Bundespräsidenten Roman Herzog, bei der dänischen und deutschen Minderheit im vergangenen Sommer.

Die nationale Entspannung im Grenzgebiet in den Jahren nach 1955 führte auch dazu, daß neue Fäden über die Grenze geknüpft wurden. Das fand zum Teil auf der politischen und kulturellen Ebene durch Abhalten der sogenannten dänisch-deutschen Tage statt, zum Teil auf praktischer Ebene bei der Lösung einer Reihe gemeinsamer Aufgaben. Letzteres führte u.a. dazu, daß im Jahre 1972 ein gemeinsames Komitee zur Untersuchung der Wasserqualität in der Flensburger Förde eingesetzt wurde. Diesem Komitee folgte im Jahre 1975 die sogenannte Flensburger Förde Kommission, die den dänischen und deutschen Einsatz gegen die Umweltverschmutzung koordinieren sollte.

Im Jahre 1977 ging man auf politischer Ebene einen Schritt weiter, als Sønderjyllands Amt zusammen mit der Stadt Flensburg, dem Kreis Nordfriesland und dem

Kreis Schleswig-Flensburg das sogenannte Dänisch-Deutsche Forum bildete. Das Ziel war, daß Politiker und Beamte sich einmal im Jahr treffen sollten, um Themen gemeinsamen Interesses zu erörtern.

Zehn Jahre später kam eine neue Initiative hinzu, als Sønderjyllands Amt und die Landesregierung in Kiel im Jahre 1988 einen gemeinsamen Antrag an die EG-Kommission auf wirtschaftliche Förderung einer Reihe gemeinsamer Projekte stellten. Die Zusammenarbeit wurde intensiviert, als die EG ein Jahr später das erste Interreg-Programm zur wirtschaftlichen Förderung der Grenzregionen durchführte. Diese Zusammenarbeit wurde seither fortgesetzt und läuft vorerst bis Ende 1999, wenn das jetzige Interreg-Programm abläuft.

Parallel hierzu sind andere Fäden über die Grenze hinweg geknüpft worden. Eines der Flaggschiffe ist die Zusammenarbeit zwischen der Handelshøjskole Syd/ Ingeniørhøjskole Syd - oder wie es jetzt heißt Det syddanske universitet Sønderborg - und der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg-Universität. Ein anderer Ausdruck der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg ist das im Jahre 1996 gegründete European Centre for Minority Issues in Flensburg. Es könnten auch noch weitere Beispiele erwähnt werden.

Von der Entwicklung in anderen Grenzgebieten inspiriert, wurde im Herbst 1995 deutscherseits vorgeschlagen, der dänisch-deutschen Zusammenarbeit durch stärkere Formalisierung eine langfristige Perspektive zu geben. Das führte dazu, daß auf der Basis des oben erwähnten Dänisch-Deutschen Forums ein Entwurf für einen Vertrag zur Zusammenarbeit zwischen Sønderjyllands Amt, der Stadt Flensburg, dem Kreis Nordfriesland und dem Kreis Schleswig-Flensburg ausgearbeitet wurde. Der Kern des Vorschlages war die Gründung eines Regionalrates mit der gleichen Zahl dänischer und deutscher Mitglieder, einem gemeinsamen Vorstand und einem dänisch-deutschen Sekretariat. Nach einer intensiven Debatte in Nordschleswig wurde dieses beratende Organ unter dem Namen „Region Sønderjylland/Slesvig“ ins Leben gerufen, als der deutsch-dänische Regionalrat am 16. September 1997 seine konstituierende Sitzung in Apenrade abhielt. Seitdem hat der neue Regionalrat gleichsam die Arbeitskleidung angezogen und eine lange Reihe Themen von gemeinsamen Interesse erörtert.

Der eine Tag kann dem anderen ähneln. Wenn wir mehrere Tage, Monate und Jahre zusammenfassen, können wir aber rückblickend eine Linie - eine Tendenz in der Entwicklung ahnen. Mit diesem Maßstab gemessen, muß man sagen, daß die Nachkriegszeit von 1945 bis 1955 in nationaler Hinsicht eine turbulente Periode im deutsch-dänischen Grenzland war. Erst mit den Kopenhagen-Bonn-Erklärungen von 1955 wurde die Grundlage für eine Normalisierung geschaffen. Dieser Prozeß dauerte mehrere Jahre - und in einigen Bereichen Jahrzehnte, aber schon wenige Jahre nach 1955 gab es die ersten handfesten Ergebnisse. Es war im Zuge dieser Entwicklung, daß die Kontakte über der Grenze sich schrittweise entwickelten.

Vor einem europäischen Hintergrund gesehen, können wir ruhig sagen - wie es oft betont wird -, daß das Verhältnis zwischen Minderheiten und Mehrheiten hier hei

uns im deutsch-dänischen Grenzland Modell-Charakter hat. Die deutsch-dänische Minderheitenregelung ist kein Exportgut; jeder muß seine eigenen Erfahrungen machen, wir können aber hier ein moralisches Beispiel vorzeigen, wie es gehen kann, wenn der gute Wille bei allen Beteiligten vorhanden ist. Dann kann man auch gute Ergebnisse erreichen. Daß diese Erfahrungen nicht nur von historischem Interesse sind, sondern auch heute zu uns sprechen, zeigt die Entwicklung in Osteuropa seit 1989. Das deutsch-dänische Beispiel ist in diesem Zusammenhang ein Licht im Dunkeln und hat neue Aktualität bekommen.

Im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist die Entwicklung bei uns langsamer gegangen als in anderen Grenzregionen Westeuropas. Dabei müssen wir aber bedenken, daß die Regelung der Probleme, die die Minderheiten im eigenen Land hatten, eine grundlegende Voraussetzung für die Etablierung neuer Kontakte über die Grenze war. In diesem Zusammenhang ist es sicher kein Zufall, daß solche Kontakte erst in den 70er Jahren mit der Bildung der Flensburger Förderkommission und des Deutsch-Dänischen-Forums richtig ausgebaut wurden.

Wenn wir heute Bilanz ziehen, müssen wir sagen, daß viele gute Kontakte - auf vielen verschiedenen Ebenen - etabliert sind. Wir sind in diesem Bereich jetzt so weit gekommen, daß wir nicht automatisch die Vorbehalte der einen oder anderen Seite gegenüber neuen Initiativen als einen Rückschlag für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit deuten sollten. Es ist vielmehr natürlich, daß sich bei den Verhandlungen zweier Parteien auch verschiedene Interessen geltend machen können. Das kennen wir beiderseits der Grenze in Verhandlungen zwischen Parteien, Institutionen und Organisationen. Es zeigt nur, daß wir uns gegenseitig ernst nehmen und einen Schritt weiter im Verhältnis zum Nachbarn jenseits der Grenze gekommen sind.

Wenn es um das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit auf beiden Seiten der Grenze geht, sind wir, wie erwähnt, sehr weit gelangt. Für die nationalen Minderheiten bedeutet dies, daß sie sich von der „Front“ zur „Brücke“ bewegt haben - um es mit einem bekannten Ausdruck zu sagen.

Die Minderheiten müssen heute die Kunst vollbringen, ihr eigenes Profil zu zeigen und gleichzeitig ein Glied in der Verständigung zu sein, die im Grenzland stattgefunden hat. An die Mehrheitsbevölkerungen beiderseits der Grenze - und die nationalen Minderheiten unter sich - stellt dies die Anforderung, daß sie auch künftig Verständnis dafür haben sollten, daß die einzelne Minderheit um sich sozusagen eine Grenze zieht und - auch bei besonderen Gelegenheiten - die Unterschiede zwischen Minderheit und Mehrheit unterstreicht.

Das Wesentliche - für Mehrheiten wie Minderheiten - ist der Wille zum Dialog, zu gegenseitigem Respekt, zur Offenlegung eigener Motive und zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden. In diesen Bereichen sind wir im dänisch-deutschen Grenzland sehr weit gelangt. Es ist auch ein Ausdruck dieses Geistes der Versöhnung, daß ich heute - als Däne - die Hauptansprache auf dem Jahresempfang des deutschen Grenzvereins halten kann.

- 1 Es handelt sich um den für den Druck leicht überarbeiteten Text eines Vortrages, den der neue dänische Generalkonsul in Flensburg, Dr. Henrik Becker-Christensen, am 7. Januar 1999 beim Jahresempfang des deutschen Grenzvereins in der Akademie Sankelmark gehalten hat.

Einkaufsfahrten der Dänen über die Grenze

Ergebnisse einer Umfrage

von *SUSANNE BYGVRÅ*

Seit Dänemark im Jahre 1973 Mitglied der EG wurde, sind Dänen in die Geschäfte südlich der Grenze geströmt, um u. a. Bier, Wein, Zigaretten und eine Zeitlang auch Benzin zu kaufen. Der Grund für diesen Einkaufsverkehr war, daß eine Reihe von Waren in Deutschland niedriger besteuert wurde - und wird. In den Jahren nach 1973 mußte Dänemark stets akzeptieren, daß die Zollbestimmungen gelockert wurden, so daß die Dänen auch die Möglichkeit erhielten, die niedrigeren deutschen Preise zu nutzen. In den vergangenen 25 Jahren hat sich für die Dänen viel geändert hinsichtlich der Frage, wie attraktiv es ist, Einkaufsfahrten über die Grenze zu unternehmen.

Die letzte Änderung erfolgte im Zusammenhang mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1993. Konnten die Dänen früher nur 12 Liter Bier und 5 Liter Wein von einem Tagesausflug über die Grenze mit nach Hause nehmen, durften sie nun 10 Liter Bier und 90 Liter Wein mitführen. Diese Begrenzungen entsprechen denen, die für andere EG-Bürger gelten, aber im Gegensatz zu diesen dürfen die Dänen vorerst keine Spirituosen und nur 100 Zigaretten von einem Tagesausflug mitnehmen. Damit die neuen Bestimmungen nicht zu einer Explosion des Grenzhandels führten, wurde eine Anzahl dänischer Punktsteuern in den Jahren vor 1993 gesenkt. Dies und vielleicht besonders die erhöhte deutsche Benzinsteuern im Jahre 1991 ließen es viele Dänen bis hin zum Jahreswechsel 1992/93 weniger attraktiv erscheinen, südlich der Grenze einzukaufen. Der Grenzhandel kam jedoch nicht zum Erliegen, und mit den erhöhten Rationen wurde es wieder attraktiver, die Grenze zum Einkäufen zu überqueren.

Das „Institut for grænserregionsforskning“ hat seit 1977 mehrere Untersuchungen der Einkaufsfahrten über die dänisch-deutsche Landesgrenze durchgeführt. Die letzte Untersuchung stammt aus dem Jahr 1996 und gründet sich auf Interviews mit Personen in 1026 dänischen und 631 deutschen PKW. Diese Untersuchung zeigt, daß sich die Einkaufsfahrten über die Grenze seit der Etablierung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1993 signifikant verändert haben. Obwohl seit dieser Untersuchung einige Jahre vergangen sind, sind die Ergebnisse noch immer aktuell. Jedoch ist zu erwarten, daß die neueste Änderung der Benzinsteuern in Dänemark es für die Dänen wieder attraktiver macht, zu Einkaufsfahrten über die Grenze nach Deutschland zu fahren.

Eine Sache ist, wie die Leute weiter nördlich im Land auf die Änderungen der Rahmenbedingungen des Grenzhandels reagieren, etwas anderes jedoch die Reaktionen der Menschen, die nahe der Grenze wohnen. Genau dies steht im Blickpunkt dieses Artikels.

Der Verkehr über die Grenze

Wie viele Wagen über die Grenze fahren, verändert sich nicht nur mit den Jahreszeiten, sondern hat sich in den letzten Jahrzehnten auch mit den wechselnden Gegebenheiten des Grenzhandels geändert. Der Verkehr erreichte seinen Höhepunkt gegen Ende der achtziger Jahre, als es äußerst vorteilhaft war, nicht nur Bier, Wein und Zigaretten, sondern auch Benzin in Deutschland zu kaufen.

Die Untersuchungen, die das „Institut for grænseregionsforskning“ durchgeführt hat, zeigen, daß die großen Schwankungen im Verkehr fast ausschließlich den Menschen zuzuschreiben sind, die relativ weit von der Grenze entfernt wohnen. Hingegen haben die Leute, die weniger als 25 km von der Grenze entfernt wohnen, fast dieselbe Anzahl Fahrten in den untersuchten Monaten seit 1980 unternommen. Die Erklärung hierfür ist einfach: Es hat sich in dem gesamten Zeitraum für die nahe der Grenze wohnenden Leute gelohnt, Einkaufsfahrten zu unternehmen, während das Rechenexempel für diejenigen, die weiter weg wohnen, mehr vom Preisgefälle zwischen Dänemark und Deutschland abhängig ist sowie davon, wieviel man mitnehmen darf.

Der Zweck der Fahrt

Weitaus die meisten Dänen (89 Prozent), die über die Grenze fahren, kaufen in Deutschland Waren für zu Hause ein. Für viele sind Einkäufe sogar der einzige Zweck der Fahrt (Abbildung 1). Unter den Grenzpassanten aus dem südlichsten Nordschleswig gibt es jedoch relativ weniger, die einkaufen. Dies hängt vermutlich damit zusammen, daß viele, die nahe der Grenze wohnen, diese so häufig überqueren, daß sie nicht jedes mal einzukaufen brauchen, um ihren Bedarf zu decken.

Ein anderer Unterschied besteht darin, daß die Bewohner des südlichen und mittleren Nordschleswig die Fahrt nicht im selben Umfang wie andere mit weiteren Geschäften kombinieren. Je weiter man von der Grenze entfernt wohnt, um so mehr neigt man dazu, die Einkaufsfahrt mit anderen Dingen, wie z.B. Besuchen, zu verbinden. Für einige geht es natürlich darum, die Gelegenheit zum Einkauf zu nutzen, wenn man sich sowieso in der Gegend aufhält. Verglichen mit den Verhältnissen Ende der achtziger Jahre, überqueren jetzt relativ mehr die Grenze, ohne einzukaufen, und für die wenigsten ist der Einkauf der einzige Zweck der Fahrt. Nur in den ganz grenznahen Gemeinden hat sich das Verhalten nicht markant geändert. Diejenigen, die weiter weg wohnen, kaufen nun entweder überhaupt nicht ein oder kombinieren die Einkaufsfahrt in größerem Maße mit anderen /wecken. Diese Tendenzen sind ein klares Ergebnis der Tatsache, daß die Einkaufsfahrten über die Grenze jetzt nicht mehr so vorteilhaft sind wie damals. Früher mußten viele regelmäßig über die Grenze fahren, um besonders den Bier- und Weinbedarf ihrer Haushalte durch Einkäufe in Deutschland zu decken. Nach Einführung der neuen Reisegepäckvorschriften mit Beginn des europäischen Binnenmarktes ist dies nun nicht länger nötig.

Die Untersuchung vom November des Jahres 1996 zeigt auch einen deutlichen Rückgang der Zahl der Einkaufsfahrten über die Grenze (Abbildung 2). Es sind immer noch die in Grenznähe wohnenden Dänen, die am häufigsten kommen, und unter den Einkaufstouristen aus dem südlichsten Nordschleswig gab es weiterhin viele, die jede Woche zum Einkaufen fahren, aber nicht so viele wie früher. Als der Grenzhandel im Jahre 1989 seinen Höhepunkt erreichte, kam mehr als die Hälfte der Käufer mindestens einmal im Monat aus bis zu 100 km von der Grenze entfernt liegenden Orten. Im November des Jahres 1996 galt dies nur für Käufer, die weniger als 50 km von der Grenze entfernt wohnten.

Grenzhandelswaren

Auch wenn die Leute in die Geschäfte südlich der Grenze gekommen sind, zeigen sich Unterschiede, je nachdem ob sie nahe der Grenze oder weiter weg wohnen. Oder besser gesagt: Es gibt Unterschiede, was man einkauft, abhängig davon, wie oft man zum Einkaufen über die Grenze fährt. Ein wesentlicher Unterschied liegt darin, daß man weniger verschiedene Waren kauft, wenn man in Grenznähe wohnt. Immerhin 22 Prozent der Käufer aus dem südlichsten Nordschleswig hatten nur eine einzige Ware während der Fahrt gekauft. Dabei handelte es sich um Zigaretten, von denen man weiterhin nicht so viele mit nach Hause nehmen darf und die daher nicht, wie beispielsweise Bier oder Wein, auf Vorrat gekauft werden können. Abb. 3 zeigt, daß die Waren, die sich am häufigsten im „Warenkorb des Grenzhandels“ finden, Süßigkeiten, Bier, Wein und Zigaretten sind. Die Abbildung sagt nichts darüber aus, für welche Beträge eingekauft wurde. Gemessen nach ihrem Geldwert, würden Waren wie Koks oder Gas viel schwerer ins Gewicht lullen, als sie es nach der errechneten Zahl der Käufer tun. Diese beiden Warengruppen sind interessant, weil sie im Zusammenhang mit den Einkaufsfahrten über die Grenze recht neu sind, da sie erst hinzu kamen, nachdem die dänische Regierung mehrfach die Energiesteuern erhöht hatte.

Die Einkaufstouristen aus dem mittleren Nordschleswig zeigen beinahe dasselbe Kaufverhalten wie die aus dem Süden, während die Käufer aus dem nördlichen Nordschleswig eine Art Übergangsgruppe zu denen bilden, die von noch weiter weg kommen.

Je nachdem wo die Leute herkommen, ist es auch unterschiedlich, was sie in den Warenkorb legen. Waren wie Bier, Wein, Kosmetika und Süßigkeiten werden mehr von denen gekauft, die weiter entfernt wohnen. Dies hängt natürlich damit zusammen, daß diejenigen, die in der Nähe wohnen, häufiger Einkaufsfahrten über die Grenze unternehmen und deshalb nicht jedesmal alle Waren kaufen müssen, um denselben Bedarf zu decken. Was die Zigaretten betrifft, verhält es sich umgekehrt. Diese Ware zeigt sich am häufigsten in den Einkaufstaschen derjenigen, die in Grenznahe wohnen. Hierzu paßt auch, daß die eingeschränkte Ration die nahe der Grenze wohnenden Raucher veranlaßt, diese Ware bei jedem Besuch mitzunehmen oder sogar - wie oben erwähnt - ausschließlich wegen des

Zigarettenkaufs die Grenze zu überqueren. Auch Sprudel und Waren des täglichen Bedarfs werden mehr von den Grenzbewohnern gekauft. Hier sind die Unterschiede jedoch sehr gering, und besonders Waren des täglichen Bedarfs spielen im Grenzhandel keine größere Rolle. Bemerkenswert wenige kaufen alltägliche Waren südlich der Grenze. Man sollte glauben, daß Flensburg mit seiner breiten Auswahl an Geschäften und Waren dänische Kunden aus einem größeren Gebiet anziehen könnte, unterstützt von der niedrigeren deutschen Mehrwertsteuer. Wenn auch Waren des täglichen Bedarfs von einigen gekauft werden, bleibt es doch weiterhin eine Tatsache, daß die Grenze in großem Ausmaß wie eine Barriere für solche Einkäufe wirkt.

Der Anteil der nahe der Grenze wohnenden Nordschleswiger am Grenzhandel

Die nahe der Grenze wohnenden Nordschleswiger unternehmen häufiger Einkaufsfahrten als andere, aber kaufen jeweils weniger. Alles in allem kaufen sie jedoch relativ mehr als die, die weiter weg wohnen. So macht der Anteil der Nordschleswiger am gesamten Grenzhandel im November 1996 etwa 1/3 aus (Abbildung 4). Berücksichtigt man die Einwohnerzahl, ist dies bemerkenswert. In allen Entfernungsguppen kauften die Dänen durchschnittlich mehr in Deutschland ein als die Deutschen in Dänemark, und die Umsatzeinbußen zeigen sich somit stärker in Dänemark als in Deutschland.

Im November 1996 erledigten die Dänen einen beträchtlichen Teil ihrer Einkäufe in Geschäften südlich der Grenze. Dies geht aus Abbildung 5 hervor, die den durchschnittlichen Grenzhandelsbetrag per Einwohner im Monat November zeigt. Die unmittelbar an der Grenze wohnenden Nordschleswiger kauften im Grenzhandel für insgesamt 457 Kronen ein, was 12 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Einzelhandelseinkaufs eines Dänen entspricht (Dänisches Statistisches Amt). Im Abstand von 10-25 km entsprach der Grenzhandel 8 Prozent, und zwischen 25 und 50 km machte er 4 Prozent des Einzelhandels eines Durchschnittsdänen aus.

Für einen großen Teil der Einwohner Nordschleswigs lohnt sich also weiterhin eine Einkaufsfahrt zu den Geschäften südlich der Grenze, und über einen längeren Zeitraum gesehen verbraucht die Grenzbevölkerung bei Einkaufsfahrten ziemlich viel Geld. Damit spielt der Grenzhandel in einem Teil Nordschleswigs weiterhin eine wichtige Rolle für die Verbraucher - und für die Geschäfte.

Überarbeitete Fassung eines Artikels, den die Lektorin am Institut for grænseregionsforskning, Susanne Bygvrå, in der Zeitschrift Pluk, 1/1998, S. 17-23 publizierte. Der Artikel gründet sich auf eine Untersuchung, die im November des Jahres 1996 durchgeführt wurde. Die Untersuchung, die teilweise mit Zuschüssen aus dem INTERREG II-Programm der EG finanziert wurde, ist veröffentlicht in Susanne Bygvrå, Den dansk-tyske grænsehandel i de første år med det indre marked/Der deutsch-dänische Grenzhandel in den ersten Jahren des europäischen Binnenmarktes, Aabenraa 1997.

Übersetzung : Dieter Brandt

Christian-Paulsen Preis 1998 vergeben

Im Januar 1997 schrieb das Komitee zur Vergabe des Christian-Paulsen-Preises eine Preisaufgabe mit dem Titel „Die schleswigschen Minderheiten seit den 1950er Jahren“ aus. Die Aufgabe bestand aus einer vergleichenden Untersuchung der Entwicklung der nationalen Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze seit den 1950er Jahren.

Nach Beurteilung der eingereichten Arbeiten durch die aus drei Mitgliedern bestehende Bewertungskommission des Komitees, Generalkonsul Henrik Becker-Christensen, Landesarchivar Hans Schultz Hansen und dem Vorsitzenden des Komitees und Archiv- und Forschungsleiter in Flensburg, Lars N. Henningsen, wurde der mit 5000 Kronen dotierte Preis an Charlotte Rørbøl aus Kopenhagen verliehen. Die Übergabe des Preises fand am 11. Januar 1999, dem Geburtstag Christian Paulsens, statt.

Charlotte Rørbøl, eine 23-jährige Geschichts- und Geographiestudentin am Roskilde Universitetscenter, bearbeitete die Preisaufgabe im Rahmen ihres Studiums. Sie gab ihrer Arbeit den Titel „Schleswigs Minderheiten seit 1950. Untersuchung des Selbstverständnisses und der Ideologie am Beispiel der Wahlkampagnen im Nordschleswiger und in Flensburg Avis“. In klarer und wohlformulierter Sprache analysiert sie die Teilnahme der Minderheiten an den Wahlkämpfen zum dänischen Folketing bzw. zum Kieler Landtag. Sie weist nach, wie sich der SSW, die Partei der dänischen Minderheit, von einer separatistischen Minderheitenpartei zu einer „regionalen Alternative“ entwickelte. Die Minderheit sieht sich heute nicht mehr als historische Gemeinschaft sondern als Hüterin der Minderheiteneinrichtungen. Was die deutsche Minderheit betrifft, erbringt Charlotte Rørbøl den Nachweis, daß der Abbau von Konfliktpotential im Verhältnis zur dänischen Gesellschaft mit dazu beigetragen hat, daß die Repräsentation im Folketing verloren ging.

Matthias Schartl

Grenzverein: Zukunft ist gesichert

SANKELMARK (fju) Der Deutsche Grenzverein sieht nach „einer jahrelangen finanziellen Durststrecke“ seine Zukunft gesichert: „Energisch am eigenen Zopf uns ziehend, haben wir das rettende Ufer erreicht“, erklärte Vorsitzender Jörg-Dietrich Kamischke vor 250 Gästen auf dem Jahresempfang des Grenzvereins in

der Akademie Sankelmark.

Kamischke verwies darauf, daß es insbesondere in der Verwaltung gelungen sei, Kosten zu sparen. Aber auch der „konstruktiven Mitwirkung der Partner in Kiel“ sei die Wende zu verdanken. Der Vereinsvorsitzende freute sich über die Zusage des Landes, die Sanierung der Tagungszentren des Grenzvereins in Sankelmark, auf dem Scheersberg und in Leck mit 5,1 Millionen Mark zu fördern. Dazu kommen laut Kamischke weitere 200 000 Mark als Geschenk der Sparkasse Schleswig-Flensburg. Mit diesem Jubiläums-Präsent wolle das Geldinstitut an die Zusammenlegung der einstigen Kreis Sparkassen Flensburg und Schleswig vor 25 Jahren erinnern.

Eine zukunftsfruchtige Ergänzung des Lehrangebots in Sankelmark nannte Kamischke die im Dezember gegründete Europäische Akademie Schleswig-Holstein. Sie wird in Sankelmark zusätzlich zum Grenzverein Bildungsarbeit betreiben. „Wer hätte vor zwei Jahren noch auf eine solche Zukunftsperspektive zu hoffen gewagt?“, fragte Kamischke. Damals galt seine Organisation aufgrund der Mittelkürzungen durch das Land als bedroht.

Von den Themen der Europäischen Akademie hob Kamischke insbesondere den Bereich Recht und Justiz hervor. „Davon werden Generationen von Juristen aus Norddeutschland und Skandinavien gut haben“, wettete Kamischke. Er kündigte eine enge Kooperation mit dem Oberlandesgericht, dem Oberverwaltungsgericht und dem Landessozialgericht in Schleswig an.

Flensburger Tageblatt, 9.1.1999

Aus für die Linie zur Hauptstadt

WOYENS Was die Betreiber des Flughafens Woyens in Nordschleswig zunächst nicht wahrhaben wollten, tritt in wenigen Wochen ein. Der Linienverkehr aus dem bei Hadersleben liegenden Ort nach Kopenhagen wird eingestellt.

Die dänische Fluggesellschaft „Maersk Air“ hatte – wie berichtet – im Herbst 1998 das Ende der Route angekündigt, weil sich die Zahl der Flugpassagiere um mehr als die Hälfte verringert hatte, seitdem 1997 zunächst die feste Bahnverbindung über den Großen Belt und seit Juni 1998 auch die Autobrücke zwischen Fünen und Seeland in Betrieb gegangen ist. 1998 wurden nur noch gut 13 000 Flugpassagiere gezählt – eine Zahl, die anscheinend nicht groß genug ist, um andere Gesellschaften zur Übernahme des Liniendienstes zwischen Nordschleswig und der dänischen Hauptstadt zu verlocken.

Die Region Nordschleswig bleibt jetzt nur noch von Sonderburg aus mit der Außenwelt per Flugzeug in Verbindung. Der wichtigste Wirtschaftsstandort Nordschleswigs erlebte nur einen Rückgang der Flugreisenden um 17,5 Prozent

auf 47500 im vergangenen Jahr. Großunternehmen wie Danfoss halten der von Sonderburg operierenden „Cimber Air“ die Treue. Auch Flensburger nutzen den nahe gelegenen Regional-Flugplatz. Außerdem profitieren Sonderburg und die Insel Alsens aus geographischen Gründen weniger von der festen Verbindung nach Seeland.

*Volker Heesch, in:
Flensburger Tageblatt, 22. 1.1999*

Regionalrat contra Vorurteilsketten

FLENSBURG (mei) Welche Probleme haben deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Handwerksbereich, wenn sie in Dänemark tätig sein wollen? Wie sehen Schwierigkeiten für dänische Betriebe in Deutschland aus? Mit diesen Fragen befaßt sich unter dem Titel „Hemmnisse und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Arbeit“ ein deutsch-dänischer dem Regionalrat angegliederter Arbeitskreis.

„Wir wollen die seit Jahren bestehenden Vorurteilsketten nicht verlängern, sondern uns zusammensetzen und die Fragen untersuchen“, meinte der DGB-Chef im Norden, Peter Köhler. Seit Jahren klagen deutsche Handwerksfirmen, daß sie nördlich der Grenze kein Bein an Land bekommen, weil die dänischen Gewerkschaften ihnen Schwierigkeiten machen. Doch um konkrete Fälle geht es in der Arbeitsgruppe nicht – noch nicht. „Wir haben erstmal einen Diskussionskatalog zusammengestellt“, meinte Köhler. Außer dem DGB sind im Arbeitskreis auf deutscher Seite die Handwerkskammer, der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein und die Gewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt vertreten, auf dänischer Seite ist es der Gewerkschaftsbund Sønderjylland (LO) sowie der Arbeitgeberverband und ebenfalls eine Einzelgewerkschaft. Behandelt werden das Entsendegesetz, die Autorisierung von Firmen, der Aufbau der Arbeitgeberorganisationen, Zoll, Steuern und andere öffentliche Abgaben und ganz besonders die Tarifverträge und die Frage der Gewerkschaftszugehörigkeit. „In weiten Bereichen“, so Peter Köhler, „fehlen oft nur Informationen, da wäre ein Kompaß notwendig. „Aber über einige Punkte gebe es auseinanderklaffende Ansichten. Strittig ist die Frage der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Reicht es, wenn ein Deutscher, der vorübergehend in Dänemark arbeitet, einer DGB-Gewerkschaft an gehört, oder muß er Mitglied einer der mächtigen dänischen Gewerkschaften sein? Auch die Richtlinien des Europäischen Gewerkschaftsbundes werden nach Auskunft Köhlers unterschiedlich ausgelegt. Im Frühsommer will der Arbeitskreis dem Vorstand des Regionalrates einen Strukturbericht vorlegen. Für September erhofft Köhler ein gemeinsames Konzept.“

Duty-free-Stop würde Dänemark besonders treffen

Unabhängige britische Analysefirma prophezeit Minus von 3,6 Milliarden Kronen

KOPENHAGEN (hee) Dänemark würde besonders stark unter der Abschaffung des Duty-free-Handels leiden. Das hat ein britisches Unternehmen für Wirtschaftsanalytik errechnet, berichtet das Wirtschaftsblatt „Børsen“. Das unabhängig arbeitende Unternehmen Euromonitor weist darauf hin, daß Dänemark bei Streichung des zollfreien Handels wie vorgesehen zum 1. Juli dieses Jahres jährlich einen Warenverkauf in Höhe von 3,6 Milliarden Kronen einbüßen wird. Das Unternehmen geht nicht davon aus, daß ein Großteil des bisher zollfrei abgewickelten Handels in Dänemark verbleibt und dadurch die Einnahmen der Staatskasse um einen Milliardenbetrag steigen, wie das Wirtschaftsministerium errechnet hat. Unter Verweis auf diesen Vorteil ist Dänemark im EU-Ministerrat bisher konsequent gegen eine Verlängerung des Duty-free-Handels. Die britischen Analytiker erwarten in Dänemark besonders große Verluste wegen des umfangreichen Fährverkehrs. Bis zu 6.000 Arbeitsplätze drohen zu verschwinden. Nicht beziffert wurde bisher auch die Zunahme des Grenzhandels als Alternative zu zollfreien Einkäufen von Waren wie Zigaretten auf den Fähren.

Nordschleswiger, 3.2.1999

Patenschaft gegen das Vergessen

FLENSBURG (mei) Das Mahnmal in der Nähe des Grenzüberganges Harrislee/Pattburg zur Erinnerung an Verbrechen in der NS-Zeit hat Paten: Die Duborgschule und die Zentralschule haben mit der Gemeinde und dem Arbeitskreis „Harrislee Bahnhof“ die Verantwortung übernommen.

„Pate für das Mahnmal Harrislee zu sein heißt, Verantwortung für die Erinnerung zu übernehmen. Und Pate für die Erinnerung zu sein bedeutet Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft“, sagte Bürgermeister Dr. Buschmann. Unter diesem Aspekt fand im Bürgerhaus die Unterzeichnung des Patenschaftsvertrages statt.

„Wie gut ist es, in einer überschaubaren Gemeinde mit nicht überhöhtem Anspruch zu leben“, stellte Bürgervorsteher Rathje mit Blick auf die Diskussionen über ein Mahnmal in Berlin fest. „Hier in Harrislee ist ein Mahnmal entstanden, das paßt und freiwillig aufgestellt wurde.“ Rathje, der als Schulleiter der Zentralschule mit Philine Staemmler, Sven Jacobsen, Martin Engel, Andrea Paulsen und Inga

Karstens von der Klasse R10b zu der Feier gekommen war, regte an, künftig besonders den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus dafür zu nutzen, in der Schule an die örtliche und regionale Geschichte zu erinnern. „Die Geschichte braucht Mahnpunkte“, meinte Rathje, der es als Wirtschafts- und Politiklehrer auch als seine Aufgabe ansieht, „allen jungen Deutschen das Gefühl zu vermitteln, daß man sich nicht aus der Geschichte davonstellen“ könne. „Wir müssen dafür sorgen, daß nichts in Vergessenheit gerät.“

Entstanden war das Mahnmal, so Anke Spoorendonk als Sprecherin des Arbeitskreises „Harrislee Bahnhof“, zum Gedenken an die Deportation von dänischen Gefangenen in den Jahren 1944/45 aus dem Internierungslager Fröslee in deutsche Konzentrationslager. Der Harrisleeer Bahnhof war für die rund 1600 Deportierten die erste Station auf dem Weg in die Hölle. Aus einem Ideenwettbewerb über Entwürfe für ein Mahnmal war der der Duborgschule ausgewählt worden – Katja Jessen, Malou Clementsen sowie Tim Pohle, die mit ihrem Kunstlehrer Kim Olesen und Schulleiter Erik Jensen an der Feierstunde teilnahmen, erinnerten sich noch gut an ihre Begeisterung bei der Planung vor zwei Jahren. Und begeistert hatten die Mädchen und Jungen des inzwischen zwölften Jahrganges im vergangenen Jahr ihren Entwurf mit fachlicher Hilfe in der Nähe des Grenzüberganges Harrislee/Pattburg bei den Bahngleisen umgesetzt. Die Übernahme der Patenschaft durch ihre Schule begrüßten die drei Jahrgangsvertreter.

In seiner Patenrede sprach Schulleiter Erik Jensen davon, daß die Übernahme einer Patenschaft auch Verantwortung für die Zukunft bedeute, um faschistisches Gedankengut rechtzeitig erkennen zu können.

Flensburger Tageblatt, 4.2.1999

Nordfriesen reagieren positiv auf Tonderner Vorstoß

Zusammenarbeit von Krankenhäusern „macht Sinn auf beiden Seiten“

HUSUM/NIEBÜLL (clk) „Durch eine Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern in Tondern und Niebüll könnte die Qualität gesteigert werden. Das macht Sinn auf beiden Seiten.“ Mit diesen Worten äußerte sich der nordfriesische Kreispräsident und deutscher Vorsitzender im Regionalrat, Helmut Wree (CDU), positiv über eine mögliche Kooperation der zwei Westküstenkrankenhäuser. Dieses Thema sei bereits im Regionalrat grundsätzlich besprochen und begrüßt worden.

Wie Der Nordschleswiger in seiner Sonnabend-Ausgabe berichtete, wird in dieser Woche der für Sonderburg und Tondern zuständige Krankenhausdirektor Gunnar

Johannsen eine Einladung an das Niebüller Kreiskrankenhaus schicken, um Zusammenarbeitsmöglichkeiten auszuloten.

Von nordfriesischer Seite aus wird die Kooperation insbesondere auch unter dem Aspekt der Spezialisierung der vier Kreiskrankenhäuser in Niebüll, Husum, Wyck und Tönning mit großem Interesse betrachtet. Im zentralen Krankenhausamt laufen derzeit entsprechende Planungen. Wie die stellvertretende Krankenhausdirektorin und Leiterin der Finanzbuchung, Annemarie Nickelsen, erklärte, könnte die Zusammenarbeit von Niebüll und Tondern durchaus Bedeutung für die Konzentration der medizinischen Fachgebiete bekommen. Derzeit liegt in Niebüll ein Schwergewicht auf der Dialyse. In nächster Zeit soll deshalb auch ein Nierenspezialist (Nephrologe) seine Arbeit dort aufnehmen. Abrechnungstechnisch sieht Nickelsen keine Probleme. Die vier nordfriesischen Krankenhäuser werden von der privaten Managementfirma für Krankenhäuser, Sana, verwaltet. Damit habe man, so Kreispräsident Wree, die Kosten wieder in den Griff bekommen.

Zustimmend äußerte sich auch die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses für Nordfriesland, Edeltraut Carstens (SPD): „Das wäre ein positiver Schritt in die Zukunft, wenn grenzüberschreitend gearbeitet würde.“

Noch keine konkreten Informationen über die mögliche Kooperation lagen dem Ärztlichen Direktor des Niebüller Kreiskrankenhauses, Dr. Jiri Klima, vor. Er erläuterte auf Nachfrage, daß das Krankenhaus selbst in einem Brief an Kresten Philipsen schon vor einem halben Jahr angeboten hätte, Patienten aus Dänemark zu operieren, um z. B. bei Leistenbrüchen oder Hüftoperationen die Wartelisten abzubauen. „Eine Kooperation wäre auch unsere Intention.“

Sprachlich wäre Niebüll gut gerüstet. Der Narkosearzt ist Däne.

Nordschleswiger, 9.2.1999

Nordschleswig will sich schlecht verkaufen...

... um weiter an Struktur-Millionen der EU zu kommen

APENRADE (pl) Das Amt Nordschleswig hat ein Problem: Einerseits ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region eigentlich ganz gut – andererseits muß das Amt sich aber „schlecht verkaufen“, um weiterhin an einen großen Batzen der für Dänemark bestimmten Strukturfonds-Mittel aus Brüssel zu kommen.

Es geht um die Zuschüsse, die die EU in den kommenden sechs Jahren für strukturschwache Räume und für Regionen mit wirtschaftlicher Flaute bewilligen will. Bisher konnte Nordschleswig sich pro Jahr etwa 100 Millionen Kronen aus der EU-Kasse sichern, aber Amtsbürgermeister Kresten Philipsen gibt sich keinen Illusionen hin, daß dieses Niveau gehalten werden kann, zumal der innerdänische

Schlagabtausch um die Millionen auch hart sein wird. Regionen wie Bornholm, Storstrøms Amt etc. wollen mehr vom EU-Kuchen als bisher.

Da geht es für Nordschleswig dann darum, auch innerhalb des Königreiches Lobby-Arbeit zu betreiben. Zu diesem Zweck hat das Grenzforschungsinstitut – wie berichtet – für das Amt ein Werk über Nordschleswigs „ökonomischen und strukturellen Status“ erstellt.

Die umfangreiche Bestandsaufnahme wird nicht nur der EU-Kommission zugestellt, sondern fast allen dänischen Ministerien mit dem Staatsministerium an der Spitze. Die nordschleswigschen Folketingsmitglieder, diverse Direktorate und Behörden, die Kommunen – alle sollen mithelfen, den Landesteil so strukturschwach zu reden, daß weiterhin Millionen fließen werden.

Hier nun einige Argumente, die gegen Nordschleswig und damit für weitere Strukturhilfe sprechen:

Der Landesteil ist relativ dünn besiedelt. Hier leben nur etwa 4,8 Prozent der Dänen, obwohl er flächenmäßig knappe zehn Prozent des Königreiches ausmacht. Die Bevölkerungszahl wird zudem fallen, obwohl sie landesweit steigen wird!

Die Jugendlichen wandern ab – und in der Wirtschaftsstruktur spielt die Landwirtschaft eine verhältnismäßig größere Rolle als anderswo. Bei den strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft darf man von diesem Gewerbe des weiteren nicht die großen Impulse erwarten.

Die Arbeitslosigkeit in Nordschleswig ist zwar gering – dies hängt aber damit zusammen, daß relativ viele Bürger Transferleistungen beziehen oder pendeln, denn es sind relativ wenig neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die Einkommen sind relativ gering - und im Servicebereich hinkt Nordschleswig auch hinterher.

Es gibt natürlich auch Lichtblicke, aber hier geht es nun darum, alle zu überzeugen, daß eine besondere Bezuschussung der Region von außen für die Entwicklung des Landesteiles weiterhin ein Muß ist. Amtsdirektor Finn Hansen macht in einem Papier an seine Politiker darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung weitere Hilfe verdient hat: „Die Bürger der Region, die Wirtschaft und die Kommunen haben es verstanden, ihre Möglichkeiten zu nutzen und haben selbst aktiv beigetragen!“

Und ein weiteres amtliches Argument des Direktors: „Hinzu kommt, daß die Nachbarregion südlich der Grenze mit sehr großer Wahrscheinlichkeit ihren Status als zuschußberechtigter behalten wird, weshalb es ein ernster Hemmschuh für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wäre, wenn die Regionen nördlich und südlich der Grenze unterschiedlich gestellt werden würden.“ Und Finn Hansen stellt fest: „Die Argumentation beißt sich hier leicht in den Schwanz. Einerseits ist die wirtschaftliche Entwicklung gut verlaufen und die Arbeitslosigkeit im Raum

niedrig – andererseits kann die Region nur Strukturmittel beanspruchen, wenn es schlecht gelaufen ist und weiterhin schwarz aussieht.“

Nordschleswiger, 9.2.1999

Kulturangebote über die Grenze hinweg

Grenzüberschreitende Kulturveranstaltungen sollen auf deutscher Seite durch einen Finanzpool gespeist werden. Jeweils 20.000 Mark wollen die Stadt Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg sowie Nordfriesland beisteuern. Auch das Land wird sich durch Förderung von Einzelprojekten beteiligen. Die Verwaltung des Pools übernimmt die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg. Über die Vergabe der Mittel soll ein Arbeitskreis entscheiden, bestehend aus Vertretern der Stadt, der Kreise und des Amtes Sønderjylland. Vorgesehen sind bisher:

- Im Projekt „No Limit“ haben verschiedene soziokulturelle Einrichtungen und Musikvereinigungen beiderseits der Grenze zusammengearbeitet. Ergebnis: Eine gemeinsame CD und eine Konzerttournee.
- Zu einem „Ziegelkunstsymposium Cathrinesminde“ treffen sich fünf deutsche und fünf dänische Künstler vom 6. Juni bis 6. Juli im Ziegeleimuseum Cathrinesminde, um dort gemeinsam zu arbeiten. Vorgesehen sind Ausstellungen in Apenrade und Flensburg.
- Rund 170 Kinder aus deutschen und dänischen Schulen werden unter Federführung der „Amtszentrale für Unterricht“ in Apenrade ein Musical einstudieren, das die dänischen Komponisten und Musikpädagogen Kis und Hans Holm schreiben und inszenieren. Im Herbst sind Aufführungen in Gravenstein und Flensburg vorgesehen.
- Unter dem Begriff „Grenzklänge/Grænseklang“ ist erneut eine grenzüberschreitende Veranstaltungsreihe vorgesehen. Im Westen der Region gibt es unter dem Motto „Von Insel zu Insel“ klassische Konzerte mit jungen Musikern aus Deutschland und Dänemark. Rund um die Flensburger Förde sind Jazzkonzerte mit Ensembles aus der Region vorgesehen.
- Der Verein der Musikfreunde Flensburg, der südschleswigsche Verein und der Sonderburger Musikverein sowie die deutsche Minderheit in Nordschleswig planen Konzerte in Sonderburg und Glücksburg mit Musikern des Landessinfonieorchesters und des Sønderjyllands Symfonieorkester.

Flensburger Tageblatt, 26.2.1999

Nördliche Großkommune um 2010

Bürgermeister von Gramm, H. P. Geil: Vision für das nördliche Nordschleswig

GRAMM (dm) Der Bürgermeister von Gramm, H. P. Geil, hat eine Vision: „Um das Jahr 2010 herum ist eine nördliche Großkommune mit 83.000 Einwohnern bestehend aus den Kommunen Gramm, Rödding, Norderrangstrup, Hadersleben, Woyens und Christiansfeld durchaus möglich.“

„Das wäre dann eine Neuauflage des alten Haderslebener Amtes vor 1970“, sagte Geil gestern in einem Gespräch mit dem Nordschleswiger.

Im gleichen Atemzuge unterstrich Geil aber: „Das Thema ist sehr heiß und emotionsgeladen. Es gibt bisher keinen politischen Beschluß über eine Zusammenlegung unserer Kommunen – auch nicht heimlich, aber wir müssen lernen, rechtzeitig zu agieren, statt nur zu reagieren. Deshalb soll im Juni ein Rahmenabkommen zwischen den Kommunen Gramm, Rödding und Norderrangstrup von den Kommunalparlamenten beschlossen werden, auf der Grundlage eines von den Kommunaldirektoren gemeinsam erarbeiteten Katalogs über eine konkrete Zusammenarbeit zwischen unseren drei Kommunen.“

Geil verweist als Mitglied des Landesvorstands von „Kommunernes Landsforening“ (KL) darauf, daß der kommunale Dachverband just ein Strategiepapier erarbeitet hat, in dem offensiv über eine „kleine Kommunalreform“ im Lande nachgedacht wird. „Am 30. März kommt der KL-Vorsitzende, Odenses Bürgermeister Anker Boye, nach Nordschleswig, um vor den Vertretern aus den 23 Kommunen über diese Fragen zu referieren. Die Debatte ist damit eröffnet“, sagt Geil und glaubt, daß die von Innenminister Thorkild Simonsen angestrebte Hauptstadt-Reform auch Folgen fürs übrige Land bringen wird. „Die letzte Kommunalreform kam 1970, nachdem die Debatte darüber 1959 gestartet wurde. Dennoch empfinden viele noch heute, daß die Entscheidungen von 1970 eine Art Zwangsreform waren. Also müssen wir schon jetzt über langfristige Perspektiven nachdenken, realistisch erkennen, daß viele kleinere Kommunen nur durch Zusammenarbeit überleben können.“

Die Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen Gramm, Rödding und Norderrangstrup sei ein erster Schritt, so der Bürgermeister.

„Die kommunalen Kassen sind leer, die Steuern können nicht mehr erhöht werden, da können wir nur durch den „Großbetrieb“ Einsparungen erzielen, die dann wiederum besseren Service für unsere Bürger ermöglichen. Es geht also nicht vorrangig um eine Fusion, aber wenn die Bürger begreifen, daß eine Zusammenarbeit unter den drei Kommunen, die zusammen rund 25.000 Einwohner haben, ihnen nur Vorteile bringt, dann ist auch ein zweiter Schritt eines

Tages nicht ausgeschlossen. Eine Fusion soll uns aber nicht aufgezwungen werden, sondern soll von unten heraus selbst wachsen.“ Wenn H. P. Geil seine Vision von einer Großkommune um das Jahr 2010 herum entwickelt, dann verweist er auch auf die Einigung zwischen den sechs nördlichen Kommunen über den sogenannten Wirtschaftsknotenpunkt Nord.

„Für manchen Bürgermeister war es früher nur ein Erfolg, wenn sich ein Unternehmen in seiner Kommune ansiedelte. Dieses Konkurrenzdenken ist heute bei uns weg. Was den anderen fünf Kommunen zugutekommt, das ist auch gut für Gramm“, erklärt H. P. Geil, der sich im Falle einer Großkommune „Satellitenstationen für Serviceleistungen“ in jeder heutigen Kommune vorstellen kann.

Sollte es zu einer nördlichen Großkommune kommen, wird dies sicherlich auch anderswo in Nordschleswig Änderungen bewirken – auch für das Amt „Sønderjylland“. „Ich glaube aber, daß die Amtskommune auch bei mehreren Großkommunen überleben wird, wenn auch nur mit begrenzten Aufgaben im Verhältnis zu heute. Das Krankenhauswesen, die Hauptstraßen und die Umwelt werden dem Amt auch nach dem Jahr 2010 erhalten bleiben.“

Nordschleswiger, 27.2.1999

Plädoyers für die Museums-Landschaft

FLENSBURG (fju) Der Regionalrat Schleswig/Sønderjylland sieht grenzüberschreitende Perspektiven für Kultur und Umwelt: Das deutsch-dänische Diskussionsforum befürwortet einen Museumsverbund zur Industriekultur und denkt über weitere Schritte für eine saubere Flensburger Förde nach.

Anlaß der Diskussion über die Industriegeschichte sind Pläne eines Vereins, der ein Netzwerk mit zwölf Museumsinseln in Deutschland und Dänemark spannen will – dazu aber Geld braucht. Als Haupthäuser sind in Dänemark das Ziegeleimuseum Cathrinesminde bei Broacker vorgesehen, südlich der Grenze das im Aufbau befindliche Museum zur Geschichte der Kupfermühle in Harrislee – als das Herzogtum Schleswig noch zu Dänemark gehörte, größte Fabrik des Königreichs. Als deutsche Außenstellen nannte die Geschäftsführerin des Vereins, Elisabeth Jacobs: Windmühle und Sägewerk in Kappeln, die Wassermühle in Schaalby in Angeln, den Steinbrecher in Lürschau bei Schleswig, die Eidermühle in Friedrichstadt und den Husumer Dockhafen. Dänische Stationen: die erste Produktionsstätte von Danfoss in Norburg auf Alsen, in Hadersleben eine Textilfabrik und eine Turbine.

Zwar bewilligte der Regionalrat noch keine Mittel für die hauptamtliche Geschäftsführung, die der Verein anstrebt – jedoch machten Rednerbeiträge

Hoffnung, daß staatliches Geld später fließen wird: „Es gilt, dieses Projekt mit öffentlichen Geldern zu unterstützen“, forderte der Kreispräsident von Schleswig-Flensburg, Johannes Petersen (CDU). Stellvertreter Ingo Degner (SPD) sagte, „die Lücke der Industriekultur in den Museen muß geschlossen werden. Die Bürger brauchen dies zur eigenen Identitätsfindung“, der Tourismus brauche diese Attraktion als zusätzliches Standbein. Broackers Bürgermeister Jørn Lehmann-Petersen regte an, zur Vermittlungsarbeit auf den Museumsinseln Rentner einzusetzen, die dort selbst noch gearbeitet haben.

„Einen ersten Schritt zur Wiederbelebung der Flensburger Förde-Kommission“ unternahm Flensburgs SPD-Fraktionsvorsitzender Knut Franck. Darin hatten Deutsche und Dänen bis vor einigen Jahren die Reinhaltung des Grenz-Fjords koordiniert. Franck regte an, der Regionalrat könne Zielvorgaben beschließen, die die Kommunen zu einem weiteren Abbau des Schadstoffeintrags motivieren. Er sah auch die Möglichkeit, für Maßnahmen zugunsten der Wasserqualität Fördertöpfe der Europäischen Union anzuzapfen.

Tom Knudsen aus Sønderjyllands Amts-Verwaltung schlug vor, die Selbstreinigungskraft der Bäche und Auen durch die Wiederherstellung natürlicher Verläufe zu stärken. Um den Zufluß von Schadstoffen aus der Landwirtschaft in die Förde zu senken, seien mehr Feuchtgebiete entlang der Wasserläufe nötig. Weitere Maßnahmen können jedenfalls auf einer Erfolgsbilanz aufbauen: Von 1986 bis 1995 sei der Phosphor-Eintrag vor allem durch Flensburgs neues Klärwerk von 169 Tonnen auf 14 Tonnen gesunken, der Eintrag von Stickstoff von 825 Tonnen auf 536 Tonnen.

Flensburger Tageblatt, 3.3.1999

Grenzfriedensbund beim BdN

APENRADE (dn) Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lothar Hay, hat sich für eine Ausnahmeregelung zugunsten von deutschen Lehrern in Nordschleswig bei der Verbeamtung ausgesprochen. Hay nahm als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes in Apenrade an einem Gespräch mit Vertretern des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) teil und kündigte an, er werde mit Landtagspräsident Heinz-Werner Arens, mit Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (beide SPD) und mit den Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien eine Lösung finden, die nach seinen Worten vor dem 1. August möglich sei.

Hay unterstrich die Notwendigkeit zur Verbeamtung in Nordschleswig, um die volksgruppenpolitische Bindung der Lehrer an den deutschen Schulen zu sichern. Schulrat Franz Christiansen dankte Hay für die große Unterstützung in dieser für

den Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig sehr wichtigen Sache. Nach der Begrüßung durch den BdN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen betonte Hay, der Grenzfriedensbund sei ein nationaler Verein, der sich der deutschen Kultur gerade auch in Nordschleswig – verpflichtet fühle, der aber auch seit vielen Jahren Brückenbauer an Toleranz gegenüber den berechtigten Interessen der dänischen Minderheit sei.

Der Vorsitzende lobte die Arbeit der deutschen Volksgruppe, insbesondere die Bedeutung der Tageszeitung Der Nordschleswiger sowie „die nicht zu unterschätzende Arbeit“ des deutschen Sekretariats Kopenhagen.

Hansen hatte den Vorstandsmitgliedern des 680 Mitglieder zählenden Grenzfriedensbundes anfangs einen Überblick über die Arbeit der deutschen Volksgruppe gegeben, während Sekretariatsleiter Siegfried Matlok seine Arbeit in Kopenhagen, Christiansen das deutsch-nordschleswigsche Schulwesen und Amtratsmitglied Harald Søndergaard (SP) die Arbeit des Regionalrates Schleswig/Sønderjylland dargestellt hatten.

Geschäftsführerin Ingrid Schumann schilderte die Aufgaben des 1950 gegründeten Grenzfriedensbundes, der bei einem Jahreshaushalt von 230.000 DM die „Grenzfriedenshefte“ herausgibt, Klassenfahrten unterstützt und seinen Mitgliedern jährlich einen Besuch bei einem BdN-Ortsverein sowie eine weitere Informationsfahrt nach Dänemark anbietet.

Der Nordschleswiger, 13.3.1999